



rundbrief

Umweltschutzforum

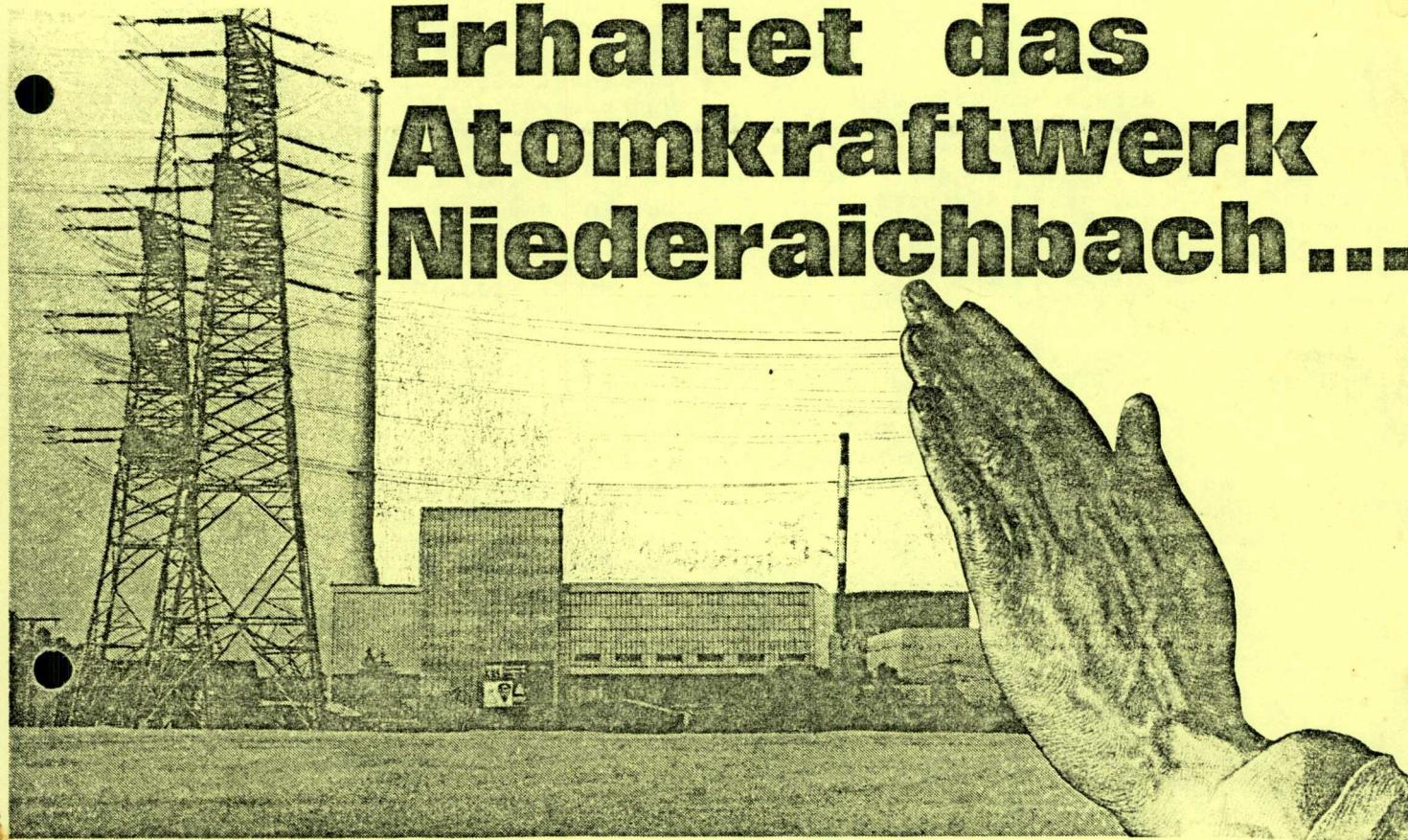
SCHACHT KONRAD -
SALZGITTER E.V.

NR.14

JAHRGANG 5

FEBRUAR 1985

Erhaltet das Atomkraftwerk Niederaichbach ...



INHALT:

Seite

...wir wollen den Schiet nicht haben.....	2
In eigener Sache.....	3
Aktuell: Tiefbohrung 101, Ernst Albrecht ein Konrad-Gegner?	4
Einspruch der Stadt Salzgitter gegen AKW-Abriß.....	5
Beerdigung des 1. Atom-Reaktors (Nachdruck).....	7
Stellungnahme des Bürgerforums Landshut.....	9
Auszüge aus -Anlage Niederaichbach, NOELL, NIS, KfK-.....	11
Der "stern"-Artikel -Niederaichbach-.....	16
Exklusivbericht: BUKO 84 in Braunschweig.....	18
Röthemeyer (PTB) gegen Titelbild: Briefwechsel m.K.Dockhorn	19
Nachwort zum Briefwechsel Dockhorn-Röthemeyer.....	21
Pressespiegel.....	22
Impressum.....	25
Termine des Umweltschutzforums Seite 3 und 21	

SELBSTKOSTENPREIS 1 DM

... wir wollen den Schiet nicht haben.

Auch die Bürgerinitiative in Niederaichbach bei Landshut (Bayern) ist für die Erhaltung des einmaligen Atomindustrie Denkmals.

Für die Bevölkerung am Abriss-Standort ist das Stehenlassen das kleinere Übel - schließlich hat der Pleitreaktor gerademal 18 Tage Strom erzeugt und ist von daher auch nicht so stark verstrahlt wie ein ausgebrannter Reaktor. Diese sollen ja, laut Gerüchten aus der Kernkraftindustrie 30 Jahre laufen.

Doch die Tabelle 1.2-4 zeigt schon recht deutlich, daß der Beweis noch aussteht: die älteren und kleineren Kraftwerke (300 Megawatt) wurden schon abgeschaltet und hielten 11 (Grundremmingen) bzw. 8 (Lingen) Jahre. Selbst dagegen ist Niederaichbach ein Winzling mit ganzen 100 Megawatt (MW), der radioaktive Schrott beträgt etwa 1200 Tonnen.

Bei "normalen" Atomkraftwerken mit 1200 MW fallen dann schon über 8500 Tonnen radioaktive Abbruchteile an. Aber es steht noch dahin, ob der Abbruch solcher Projekte jemals technisch, unter Umweltschutzbedingungen wünschenswert, und auch wirtschaftlich durchführbar ist. Dazu kämen eventuell noch die politischen Probleme mit der Durchsetzbarkeit solcher Vorhaben, wenn es erstmal Erfahrungen damit gibt. Bislang war es jedenfalls im Atomgeschäft so, daß zum Schluß alles immer teurer, unvollkommener und überflüssiger wurde als je geplant. Und nun hat die etwas voreilige Einplanung des Schachtes Konrad für die radioaktiven Abbruchteile des AKW Niederaichbach in Salzgitter und Braunschweig doch Ängste bei Kommunalpolitikern geweckt?

In Salzgitter kam die Stadt einem Dringlichkeitsantrag der Grünen zuvor, nachdem in Braunschweig auf Antrag der Grünen der Einspruch gegen die Genehmigung des bayerischen Umweltministeriums erfolgt war und bekannt wurde.

Die Grünen in Braunschweig reagierten auf ein Schreiben der Bürgerinitiative Landshut. Welche Motive wirklich hinter den Einsprüchen der Städte stecken, wird wohl erst später richtig einzuschätzen sein. Doch drängt sich in Salzgitter der

Eindruck auf, die Stadt wolle sich später keine Vorwürfe machen lassen, sie hätte Gelegenheiten nicht wahrgenommen.

Immerhin wurde in Salzgitter schon einmal ein Gutachten aus politischen Gründen an die Gruppe Ökologie vergeben. Heute scheint dies keine Rolle mehr zu spielen, aber vielleicht kommen ja nochmal andere Zeiten....

Zumindest haben sich der Ortsrat Nordost und neuerdings auch das Niedersächsische Landvolk Gedanken darüber gemacht, was eventuell auf Salzgitter zukommen könnte, wenn hier erst der Atommüll rollt.

Dazu noch einige Zahlen: Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) plant 40.000 m³ pro Jahr in Schacht Konrad einzulagern. Das sind 160 m³ pro Tag - oder 800 Fässer. Da wird man ganz schön aufpassen müssen:

Im Reaktorgebäude Niederaichbach liegen in Folie eingeschlossene Rohrleitungsstücke. Sie sind innen radioaktiv verseucht und mit Hinweisen versehen, wie stark sie strahlen, und aus welchem Teil der Anlage sie stammen.

Bis auf eines: Niemand weiß mehr, woher dieses 20 cm dicke Rohr stammt (Bild der Wissenschaft 12/1979).

Naja, auch Atomstrategen können sich schließlich mal vertun....

Name	Standort	Typ	Leistung	Inbetriebnahme	Voraussichtlich letzte Abschaltung	Gesamtmasse KKW	Radioaktive Abfälle
			MW	Jahr	Jahr	Mg	Mg
aus: Abschlußbericht der GSF "Eignungsprüfung der Schachtanlage Konrad" 6/82							
KRB-I	Gundremmingen	SWR	237	1966	1977	$1,4 \cdot 10^5$	6290
KWL	Lingen	SWR	256	1968	1976	$1,5 \cdot 10^5$	5910
KWO	Obrigheim	DWR	328	1968	1998	$5,8 \cdot 10^4$	2510
KKS	Stade	DWR	630	1972	2002	$1,1 \cdot 10^5$	4600
KKW	Würgassen	SWR	640	1973	2003	$2,0 \cdot 10^5$	7840
Biblis A	Biblis	DWR	1 146	1974	2004	$2,0 \cdot 10^5$	8360
KKB	Brunsbüttel	SWR	770	1976	2006	$2,2 \cdot 10^5$	8260
GKN-1	Neckarwestheim	DWR	762	1976	2006	$1,3 \cdot 10^5$	5440
Biblis B	Biblis	DWR	1 240	1976	2006	$2,1 \cdot 10^5$	8780
KKI-1	Ohu	SWR	870	1977	2007	$2,8 \cdot 10^5$	9020
KKU	Esenhamm	DWR	1 230	1978	2008	$2,1 \cdot 10^5$	8780
KKP-1	Philippsburg	SWR	864	1979	2009	$2,3 \cdot 10^5$	9020
Summe						$2,2 \cdot 10^6$	$8,5 \cdot 10^4$

Mg = Tonnen (t)

Tab. 1.2-4: Berechneter Anfall der Stilllegungsabfälle von 12 betrachteten Kernkraftwerken bei einer angenommenen Betriebsdauer von 30 Jahren für die gegenwärtig in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke.

In eigener Sache

Ab Rundbrief 14 soll unsere Mitgliederzeitung ein anderes Gesicht bekommen. Es soll mehr eine Zeitung sein, die sich an alle Konrad-Interessierten wendet - weniger ein reines Mitteilungsblatt an die Mitglieder.

In letzter Zeit hatten wir immer öfter die Gelegenheit, den Rundbrief als weitergehende Information an interessierte Menschen und andere Bürgerinitiativen (BI) weiterzugeben.

Unter anderen geht er an das Anti-Atom-Büro Diemelstadt, nach Braunschweig, an die BI Umweltschutz Unterelbe, nach Bayern - auf der Bundeskonferenz in Braunschweig fand der Rundbrief sehr grosses Interesse.

Darüberhinaus laufen zur Zeit wieder Veranstaltungen in kleinerem Rahmen. Wir werden von anderen Gruppen eingeladen, die sich für den Videofilm " Schacht Konrad " interessieren - auch hier löst eine informative Zeitung mehr Interesse aus als eine etwas trockene Ansammlung von Vereinsaktivitäten.

Was ändert sich?

Das Titelbild zierte jetzt der Jahrgang und der Preis.

Wir versuchen durch einen " Aufmacher " einen inhaltlichen Schwerpunkt zu setzen, der möglichst große Leselust wecken soll. Zum ersten Mal haben wir die etwas merkwürdige Forderung " Erhaltet das AKW Niederaichbach..." gewählt. Warum steht im Heft - also:... lesen!!

Nun noch ein Wort zur Schriftgröße. Aus Platzgründen haben wir uns für zwei Spalten entschieden.

Das sieht auch lockerer aus und schreckt nicht so vom Lesen ab wie eine eng bedruckte Seite.

Wer also mal einen druckreifen Artikel schreiben will, richte sich nach folgendem:

Zeilenabstand 1, maximal 40 Anschläge dabei zählen natürlich Leerräume, Komma und andere Satzzeichen mit. Aber 40 ist das äußerste - also die Maschine lieber auf 36/37 Anschläge einstellen und im äußersten Notfall auf maximal 40 mit dem Randlöser tippen. Das so geschriebene wird dann auf 80% verkleinert und sieht dann so aus wie diese Seite.

Die Schriftgröße ist größer als die des ortsansässigen seriösen Referenzblattes Salzgitter-Zeitung. mithin also noch gut leserlich.

Eine Ausnahme müssen wir machen:

Der Abdruck von Briefen, die von Leuten geschrieben werden, denen es nicht einmal im Traum einfallen würde, im Rundbrief abgedruckt zu werden, müssen entweder stark verkleinert werden - oder im Original erscheinen.

Nur bei sehr langen Briefen - wie in dieser Ausgabe die Dockhorn/Röthemeyer Korrespondenz - verkleinern wir.

Inhaltlich wird sich nicht so viel ändern.

Die letzten beiden Rundbriefe haben sich ja auch schon merklich von den vorangegangenen ab. Tendenziell gilt:

Weniger Briefverkehr - wo es letztlich um banale oder kürzer darstellbare Sachverhalte geht - mehr Berichterstattung, Auszüge aus Dokumenten und wichtigen Hintergrundmaterialien, mehr Beiträge von Betroffenen und aktiven Mitstreitern.

Wir würden uns sehr freuen, wenn wir mal eine Kritik - Zuspruch oder Ablehnung - und Verbesserungsvorschläge von Lesern und Leserinnen des Rundbriefes bekämen.

Die Rundbriefmacher

Einladung an die Mitglieder des Umweltschutzforums

SCHACHT KONRAD -
SALZGITTER E.V.

zur Jahreshauptversammlung

am Don. 28.2. 85 19.30 Uhr

alte Schule Bleckenstedt

(Gebäude hinter der Bushaltestelle)

Tagesordnungspunkte: Neuwahl des Vorstandes

Jahresbericht

Kassenbericht

Information und Verschiedenes

aktuell

TIEFBOHRUNG 101

Anfang Dezember '84 begann auf dem Hüttingelände, in der Nähe des Witterschachtes Konrad 2, die Tiefbohrung 101. Im Auftrag der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) wird die Bohrung von der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE) durchgeführt, die ihrerseits die Deutsche Schacht- und Tiefbohrgesellschaft (DST) mit der Ausführung beauftragte.

Für die geologische Auswertung trägt die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) die Verantwortung.

Die Bohrtiefe soll 1150 m werden, dafür werden etwa 7 Monate benötigt. Zur Zeit ist das Bohrloch schon 150 m tief.

Zweck der Bohrung ist im wesentlichen die Erkundung wasserleitender Schichten.

An dieser Stelle soll eine besonders günstige Abfolge der geologischen Formationen liegen.

Ekkehard Viehl, Öffentlichkeitsarbeiter der PTB, sagte auf einem Seminar in Braunschweig, diese Bohrung hätte den Terminplan durcheinandergebracht, sie sei aber wichtig, um weitergehende geologische Kenntnis des Gebirges zu erlangen, da die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) nur eine "grund-sätzliche Eignung" der Schachtanlage Konrad als Atommülllager festgestellt habe. Auch die im April '84 durchgeführte Reflexionsseismischen Messungen hätten hierzu gedient; im Laufe der Zusammenstellung der Planfeststellungsunterlagen habe sich aber gezeigt, daß die vorliegenden älteren Bohrergebnisse nicht ausreichten.

Es könnten auch noch weitere Bohrungen erforderlich werden.

Erhöhte Jahres-Einlagerungsleistung

Die PTB hat die geplante jährliche Einlagerungsleistung von 25.000m³ auf 40.000 m³ Atommüll erhöht.

Dies war anscheinend nur durch eine völlige Trennung der Einlagerung von der Hohlraumerstellung möglich, die zur bekannten Konzeptänderung (Einlagerung über Konrad 2) im Oktober '83 führte. Diesen Zusammenhang gab Ekkehard Viehl (PTB) auf dem genannten Seminar zu, wir hatten vorher schon einmal in diese Richtung spekuliert (Rundbrief 13).

Seit langem ist auch bekannt, daß die PTB die Untersuchungen der GSF kritisiert - natürlich nicht öffentlich. Die umfangreichen Nachuntersuchungen, die von der PTB jetzt noch durchgeführt werden müssen - und wer weiß, was noch alles kommt - sehen wir auch im Zusammenhang mit dem Gutachten der Gruppe Ökologie.

ERNST ALBRECHT, EIN KONRAD-GEgNER ?

Richtig sauer war unser Ministerpräsident, als die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) das längst ausgeplauderte Geheimnis bekanntgab, sie wolle ihre Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) nicht in Niedersachsen, sondern in Bayern, in Wackersdorf, bauen.

Wäre Herr Albrecht Spiegel-Leser, hätte er sich im Oktober 1984 (Spiegel Nr.42) schon ärgern können - dann wäre die Wut jetzt verbraucht.

So ließ er sich zu der Äußerung hinreißen, daß "Asse und Konrad eines Tages nicht mehr zur Diskussion stehen könnten". (SZ 5.2.85)

Niemand soll nämlich glauben, nach Niedersachsen käme nur der Abfall - man wolle hier auch den Kuchen vom Atomgeschäft, und wenn es nur ein Keks ist.

Wir dachten bisher, es solle der Eindruck bewahrt bleiben, die Planfeststellungsbehörde Niedersachsens entscheide unabhängig von politischen Erwägungen - ganz nach Gesetzes- und Sachlage.

Außerdem sollen Endlager Bundesangelegenheit sein, die nach Beschuß der atomrechtlichen Planfeststellungsbehörden der Länder, nach dem Atomgesetz und dem Abfallbeseitigungsgesetz, errichtet werden.

Das heißt, die politisch begründeten Drohungen des Herrn Albrechts sind lediglich wälerwirksamer Schnickschnack, mit dem Hintergrund, doch noch einen Trostpreis nach Niedersachsen zu bekommen.

Hier hat Ernst von Essen also einen potentiellen Mitstreiter. Außerdem eint sie beide ein Schicksal: Jeder wollte die WAA haben, Ernst v. Essen nach Salzgitter, Ernst Albrecht nach Dragahn; bzw. erst Gorleben, dann doch nicht, dann aber doch wieder - nur eben nach Dragahn.

Nun gucken beide in die Röhre, und zwar von unterschiedlichen Seiten in eine einzige - was sie sehen ist die Zukunft Niedersachsens, und darum werden diese Herren nicht ruhen, außer Endlagern und Zwischenlagern, auch noch andere Atomindustriebetriebe hierher zu locken.

Bis zur Landtagswahl 1986 ist noch Zeit, dann ist Niedersachsen hoffentlich "politisch unstabil" - wie sich die DWK auszudrücken beliebt.



6. November 1984

Arbeitspapier/Diskussionsgrundlage

für einen evtl. Dringlichkeitsantrag
in der Ratssitzung am 6. 11. 1984

Betr.: Demontage und Beseitigung des Kernkraftwerkes Niederaichbach/Bayern
hier: Auswirkungen auf Schacht Konrad

Die Stadt Salzgitter hat die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen vom 30. 8. 1984 - Nr. 9204-75-34216 - zur Kenntnis genommen. Danach haben die Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH, die Gg. Noell GmbH und die Nuklear-Ingenieur-Service GmbH eine Genehmigung gemäß § 7 Abs. 3 des Atomgesetzes zur Demontage und Beseitigung des Kernkraftwerkes Niederaichbach beantragt.

Die dem Antrag u. a. zugrunde liegende Kurzbeschreibung des Vorhabens - Demontage und Beseitigung Anlage Niederaichbach - vom Mai 1984 wurde ebenfalls zur Kenntnis genommen und einer Sichtung unterzogen.

Gemäß Ziffer 3 der vorgenannten Bekanntmachung und Ziffer 4.3.2.3. "Radioaktive Abfälle" der Kurzbeschreibung beabsichtigen die Antragsteller ca. 1.200 t radioaktiver Abfälle des Kernkraftwerkes Niederaichbach in die Schachtanlage "Konrad" bei Salzgitter-Bleckenstedt einzulagern.

Seitens der Stadt Salzgitter werden vorsorglich Einwendungen gegen dieses Vorhaben erhoben.

Die Errichtung und der Betrieb der Anlage "Konrad" als Endlager für radioaktive Abfälle setzt gemäß § 9 b des Atomgesetzes einen positiven Planfeststellungsbeschuß voraus; dieser liegt noch nicht vor.

Die Antragsteller gehen im Rahmen ihrer Überlegungen davon aus, daß die Anlage "Konrad" als Endlager für radioaktive Abfälle geeignet ist und konkretisieren Abfallart und Abfallmenge sowie den Einlagerungszeitpunkt. Mit diesen Planungs- und Einlagerungsabsichten wird eine noch ausstehende Entscheidung zu einem anderen atomrechtlichen Genehmigungsverfahren präjudiziert.

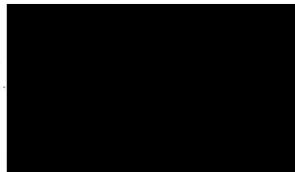
Die Stadt Salzgitter wird sich im weiteren Planfeststellungsverfahren zu Schacht "Konrad" äußern und erwartet - wie alle anderen Träger öffent-

licher Belange - eine umfassende Beteiligung seitens der Planfeststellungsbehörde. Die Stadt behält sich ein abschließendes Votum nach Sichtung aller Antragsunterlagen vor.

Die Stadt Salzgitter geht davon aus, daß die Entscheidung der zuständigen Planfeststellungsbehörde zum Antrag auf Demontage und Beseitigung des Kernkraftwerkes Niederaichbach keinen Sachzwang zum atomrechtlichen Genehmigungsverfahren Schacht "Konrad" begründet.

Die Stadt Salzgitter erwartet, daß von den Antragstellern und von der Planfeststellungsbehörde Alternativlösungen für die Zwischen- undendlagerung der radioaktiven Abfälle aus dem Kernkraftwerk Niederaichbach aufgezeigt werden.

Eine Durchschrift der Einwendung wird dem zuständigen Niedersächsischen Minister für Bundesangelegenheiten über die Bezirksregierung Braunschweig zugeleitet.



Nuklear-Ingenieur-Service (NIS):

Beerdigung des 1. Atom-Reaktors

Bisher hat man die bereits stillgelegten Atom-Reaktoren nur „eingemottet“. Nun soll der erste abgerissen werden. Hier die Pläne der Ingenieure:

Radiologische Aspekte

Im Zuge der Demontage-Planung für die totale Beseitigung der Anlage in Niederaichbach war es erforderlich, alle mit dem Demontage-Ablauf einhergehenden radiologischen Auswirkungen zu untersuchen.

Dies waren neben den Untersuchungen über Aerosol - Aktivitäts - Freisetzung während der Zerlegung umfangreiche Berechnungen von Abschirmungen.

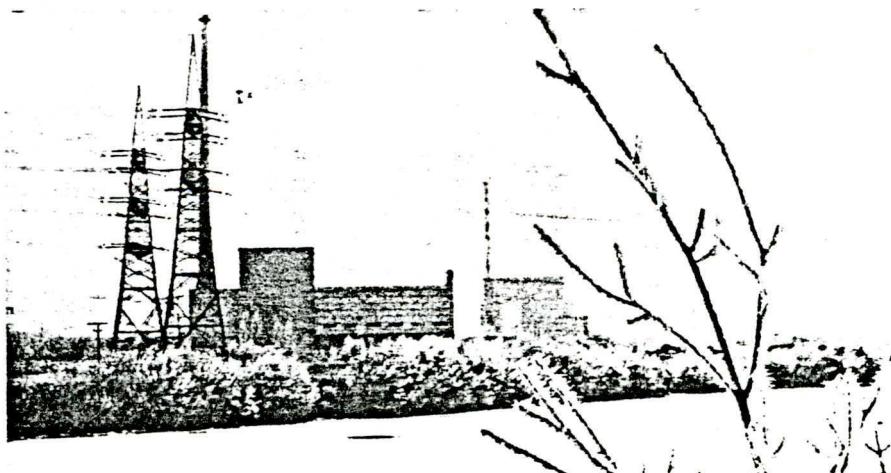
Wir untersuchten die Zielsetzungen und die Randbedingungen für die Berechnungen der Abschirmungen sowie die Ergebnisse und die Extrapolation auf kommerzielle Kernkraftwerke.

In allen Fällen ist die Abschirmung wie auch die Fernbedienung zwingend notwendig.

Reduziert man also die stilllegungs-technischen Probleme allein auf die radiologischen Gegebenheiten bei der Stilllegung von KKW, so besteht kein wesentlicher Unterschied zwischen Niederaichbach und anderen später einmal zu beseitigenden KKW, das heißt die hier betrachteten radiologischen Aspekte haben repräsentativen Charakter auch für andere KKW.

Übertragen etwa auf Biblis A würde dies bedeuten, daß bei der späteren Demontage des Reaktor-Druckbehälters mit seinen Einbauten, die Wandstärken des entsprechenden Steuerhauses 1,5 m (Beton) betragen müßten.

W. Stasch, P. Herchenröder



KKW Niederaichbach: Die Ingenieure wollen sich an den „heißen“ Beton wagen.

Abbau des biologischen Schildes

Bei der totalen Beseitigung von KKW ist der Abbruch des aktivierten Teils des biologischen Schildes neben der Demontage des Reaktors selbst und der Primärsysteme ein Hauptproblem. In der Regel bestehen die biologischen Schilder aus einem stark armierten Beton. Derartige Beton-Strukturen sind nur mit hohem technischen Aufwand abzubauen. Dieses Problem steht bei dem Kernkraftwerk Niederaichbach an. Die Untersuchungen haben uns gezeigt, daß mit den heutigen Verfahren auch ein sehr stark armerter Beton unter strahlenschutztechnischen Bedingungen wirtschaftlich abgebaut werden kann. Das anzuwendende Verfahren richtet sich nach folgenden Kriterien:

- Wie ist die Bewehrung ausgeführt?
- Welche Möglichkeiten zur Behandlung des Sekundär - Abfalls stehen zur Verfügung?
- Welche Verpackung für die Betonabfälle kann eingesetzt werden, etwa 400-l-Fässer oder Container?
- Mit welchem Gesamt-Zeitaufwand ist für das jeweilige Verfahren zu rechnen (Fixkosten für Baustelle)?

Der Vergleich des Aufbaus des biologischen Schildes in Niederaichbach mit dem bei Leichtwasser-Reaktoren zeigt, daß die für Niederaichbach gewonnenen Ergebnisse auf Leichtwasser-Demontage übertragen werden können.

Auch ist die bei Leichtwasser-Reaktoren abzubauende Betonmenge vergleichbar; so sind zum Beispiel bei Biblis A etwa 600 Mg aktiverter Beton abzubauen.

U. Birkhold, F. Krieger

Stilllegungs-Erfahrungen

Die bisher endgültig außer Betrieb gesetzten Anlagen sind meistens in den Zustand des gesicherten Einschlusses überführt worden, da aus radiologischer Sicht keine Notwendigkeit für eine sofortige Beseitigung besteht.

Da die in der Anlage noch eingeschlossene, im Vergleich zur Betriebszeit geringe Rest-Aktivität, insbesondere in den ersten Jahren nach der Außerbetriebssetzung, deutlich weiter abklingt, ist radiologisch gesehen der gesicherte Einschluß sogar sinnvoll.

An verschiedenen kerntechnischen Anlagen wurden schon Stilllegungsarbeiten durchgeführt.

Außerdem liegen umfangreiche Erfahrungen aus größeren Reparaturarbeiten vor, wie etwa

- Ausbau des Kernschemels (Stade),
- Ausbau des Dampftrockners (Würgassen),
- Dekontaminations- und Nachrüstarbeiten (Gundremmingen und Philippsburg).

Trotz im Vergleich zu Stilllegungsarbeiten erschwerten Randbedingungen wurden diese Arbeiten mit Erfolg durchgeführt.

Nach der Abklingzeit von 30 Jahren beträgt die Gesamt-Radioaktivität nur noch 5 % ihres ursprünglichen Maximalwertes. Dies zeigt schon deutlich den Vorteil einer Wartezeit bis zur totalen Beseitigung. Aus radiologischer Sicht ist es wenig sinnvoll, die Einschlußzeit bis zur totalen Beseitigung der Anlage wesentlich über 30 Jahre hinaus auszudehnen, da danach die Gesamtaktivität vergleichsweise langsam abklingt.

Für die Betreiber und die Öffentlichkeit sind auch die **Stilllegungskosten** von besonderem Interesse:

Die Kosten für die unmittelbare totale Beseitigung der zum Kontrollbereich gehörenden Einrichtungen und Gebäude liegen für ein Kernkraftwerk vom Typ Biblis A bei rund 200 Mio DM.

Diese Stilllegungskosten stellen in keiner Weise die Wirtschaftlichkeit von Kernkraftwerken in Frage:

Bei den Stromerzeugungskosten erfordern die Rückstellungen für die spätere Stilllegung nur einige Zehntel Pf/kWh.

Für die totale Beseitigung ist es jedoch erforderlich, daß der Gesetzgeber und die Behörden die Voraussetzungen für die Freigabe inaktiver Stoffe aus dem Kontrollbereich und für die Lagerung der radioaktiven Stilllegungsabfälle schaffen.

Ingolf Auler

K eine technische Spielerei

Wenn die bayerischen Behörden mitspielen, wird im Herbst dieses Jahres mit den Arbeiten begonnen; zurückbleiben soll nur grüne Wiese. In- und ausländische Experten verfolgen das Experiment gespannt: Niederaichbach soll zum Modell werden für die Beseitigung ausgedienter Kernkraftwerke.

Der Schwerwasser-Druckrohr-Reaktor hatte sich vom 1. Tag an als technischer Flop erwiesen. Für 230 Mio DM von 1966 bis Ende 1972 von Siemens hochgezogen, produzierte die Anlage nur 40 % ihrer geplanten Kapazität von 100 Megawatt: Die 2 riesigen Wärme-Austauscher schlugen ständig leck.

Nach einer letzten Kosten-Nutzen-Analyse wurde das Kernkraftwerk im Juli 1974 nach nur 18 „Vollast-Tagen“ wieder abgeschaltet.

Vom Auftraggeber, einer Tochter der Bayernwerke, nie abgenommen, blieb der Reaktor in der Obhut des Bauherrn, des Kernforschungszentrums Karlsruhe (KfK).

„Wir betreten echtes Neuland mit diesem Projekt“, erläutert Axel Ridtahler, KfK-Ingenieur und Spezialist für den Abriß. Bisher wurde nur in den USA ein Reaktor abgetragen, der Reaktor „Elk River“, der war aber nur ein sehr kleiner Versuchs-Reaktor und wurde mit vergleichsweise plumpen Methoden beseitigt.

„Die können doch ihren Müll hinschmeißen, wo sie wollen“, konstatiert Ridtahler.

„Wir haben da ganz andere Auflagen.“

Der Abriß des gesamten Komplexes wird 4 - 5 Jahre dauern und 80 - 100 Mio DM verschlingen.

Den größten Teil der Kosten wird das Bundesforschungsministerium tragen, einen kleinen Teil Siemens.

„Es geht uns hier nicht um eine technische Spielerei“, betont Ridtahler.

Immerhin kostet der Unterhalt des toten Atommeilers jährlich 1/2 Mio DM. Völlig sicher sind die „strahlenden“ Überreste außerdem erst, wenn sie „ordnungsgemäß verstaut“ sind.

Vor allem aber soll Niederaichbach ein Patent schaffen für die Demontage alter Kernkraftwerke, die nach ihrer durchschnittlichen Lebensdauer von 30 Jahren als „schlafende Riesen“ verwittern.

In der Bundesrepublik gibt es noch 2 weitere stillgelegte Abbruch-Kandidaten (Lingen und Gundremmingen), weltweit etwa 30.

Dieses Jahr soll das Versuchs-Kraftwerk Kahl abgeschaltet werden, vor Ende des Jahrhunderts noch 3 weitere Reaktoren: in Karlsruhe, Jülich und Oberrhein.

Das technische Konzept steht seit Jahren

Kernbrennstoff und schweres Wasser sind in Niederaichbach längst beseitigt. Der radioaktive Innenbereich befindet sich im „gesicherten Einschluß“. Außer Feuermeldern und Lufttrocknungs-Anlage ist nichts mehr in Betrieb.

Im „heißen“ Herzen des Reaktors wird beim Abbruch der kritische Müll entstehen –

insgesamt rund 1.000 Tonnen.

Die 351 radioaktiven Druckrohre, die einmal mit Brennstäben gefüllt waren, machen etwa die Hälfte aus, der aktivierte Beton aus der bis zu 2 Meter dicken Schutzhülle die anderen 500 Tonnen.

Dieses Material soll zerkleinert und in Fässern endgelagert werden.

Darüber hinaus müssen 1.700 Tonnen „kontaminierte“ (lediglich oberflächlich verschmutzte) Stahlrohre behandelt werden.

Sie sollen eingeschmolzen und wiederverwendet werden. Der Rest (etwa 130.000 Tonnen) ist ganz normaler Bauschutt.

Das technische Konzept steht seit Jahren: Die „heißen“ Druckrohre sollen mit einem gewaltigen, eigens konstruierten Drehmanipulator, der von einer hermetisch abgeschirmten Arbeit-Zelle mit Hilfe von Kameras ferngesteuert wird, aus dem Reaktorkern geschnitten werden.

Zusammen mit dem aktivierten Innenteil der Beton-Wand, der mit genau dosierten Sprengladungen abgelöst wird,

sollen die Teile in dem geplantenendlager für schwach- und mittelaktive Stoffe, der ehemaligen Eisenerzgrube „Konrad“, gewissermaßen zur „ewigen Ruhe“ gelegt werden.

Diese wird aber frühestens 1988 zur Verfügung stehen; das Genehmigungsverfahren läuft noch. Grund für Bayern, das keinen Atommüll auf seinem Gebiet will, ein Zwischenlager in Karlsruhe zur Bedingung für seine Genehmigung zu machen.

Keine Probleme, hofft das KfK, wird es mit dem neuartigen Schmelzofen geben, den es für die kontaminierten Stahlrohre entworfen hat. Wie alles, müßten diese nach den Normen der Strahlenschutz-Ordnung „freiemessen“ werden, bevor sie den Bereich verlassen dürften.

Da das bei den kilometerlangen dünnen Rohren einen „kolossalen Aufwand“ bedeutet hätte, wären sie normalerweise direkt in die Endlagerung gewandert. Jetzt sollen sie zu massiven und leicht meßbaren Gußblöcken eingeschmolzen werden, die an die Stahlindustrie oder atomare Forschungs-Anlagen verkauft werden können.

Seit fast 10 Jahren liegt der Atomreaktor Niederaichbach verwaist in den Isar-Auen nördlich von München. Jetzt soll er als 1. Leistungsreaktor der Welt vollständig abgerissen werden.

Bayerischer Startschuß zur Weltpremiere

Firmaufträge sind seit 4 Jahren vergeben:

- die Maschinenbaukonstruktionen an die Würzburger Firma Noell,
- die radiologischen und umweltechnischen Verfahren an die „Nuklear Ingenieur Service“ (NIS) in Frankfurt.

Beide warten sehnlich auf die Genehmigung aus dem bayerischen Umweltministerium.

Noell (Tochter des Salzgitter Konzerns) hatte bereits bei der Entsorgung des 1. deutschen Nuklearschiffs, der „Otto Hahn“, Pionierarbeit geleistet.

Probleme bereitete vor allem Bayerns Forderung nach einer „geschlossenen Abfallbeseitigung“ außerhalb seiner Grenzen.

Umsonst beriefen sich die Physiker auf das Atomgesetz, das die Betreiber von nuklearen Anlagen zur Entsorgung verpflichtet.

Das Ministerium gab nicht nach.

Schließlich erklärte sich das KfK „in Gottes Namen“ bereit, den Atommüll aus Niederaichbach in hauseigenen Anlagen zwischenzulagern, falls es bei der Grube „Konrad“ zu Terminschwierigkeiten kommt.

Im Frühjahr ist ein Erörterungstermin angesetzt, zum Herbst spätestens hofft das KfK dann auf die Genehmigung.

Tatsächlich hat das niederbayerische Projekt schon Schule gemacht.

Das amerikanische Department of Energy erteilte im November dem General Electric Konzern die Projektleitung für die Demontage des Kernkraftwerks Shippingport in Pittsburgh, Pennsylvania.

Die Firma Noell, von der ebenfalls ein Angebot vorlag, hatte das Nachsehen. Sie erhofft sich jetzt Chancen für die Ausräumung des verseuchten Unglücksreaktors Three-Mile-Island in Harrisburg.

Barbara von Ow

Verweise:

Energie-Markt W 8/83

Energie-Risiken G 5/82

Energie-Risiken W 9/81

Kernenergie, Harrisburg Ergebnisse W 3/80

Kernenergie „Republik Wendland“ PD 7/80

Energie, Kernkraftstop W 8/79

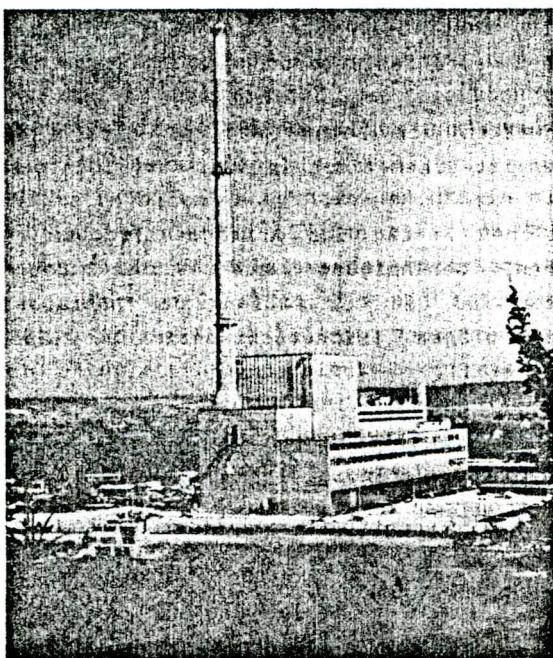
Kernenergie, Entsorgung W 4/79

STELLUNGNAHME DES BÜRGERFORUMS LANDSHUT E.V.

Fast genau 10 Jahre ist es her, da wurde das Atomkraftwerk Niederaichbach nach nur 18 Vollasttagen wegen ständiger Leckagen endgültig abgeschaltet. Der technische Monsterflop kostete den Steuerzahldern schon an Baukosten über 200 Millionen DM. Nun soll der Pleite-Reaktor auf Antrag des Eigentümers, des (staatlichen) Kernforschungszentrums Karlsruhe und zweier Abrißfirmen auch noch auf Steuerzahlerkosten abgerissen und "beseitigt" werden - ein Staatsbegräbnis 1. Klasse für weitere mindestens 100 Millionen Mark.

Nach den Versicherungen der Antragsteller ist mit dem Abbruch und der Beseitigung der im Innern noch stark strahlenden Atomleiche selbstverständlich auch keinerlei Gefahr für die Bevölkerung und die ca. 30 benötigten Abbrucharbeiter (reizvolle Arbeitsplätze!) verbunden und kann der ganze anfallende, teilweise radioaktive Müll "problemlos" gelagert und teilweise sogar "wiederverwertet" werden.

Das Landshuter Bürgerforum gegen Atomkraftwerke hält es bereits nach einer 1. Durchsicht der Antragsunterlagen für unverantwortlich, die Niederaichbacher und zahllose andere Bürger aus der weiteren Umgebung zu Versuchskaninchen von Techniken zu machen, die im Umgang mit riesigen Massen strahlenden Materials völlig unerprobgt sind. Denn Niederaichbach wäre der 1. größere Atomreaktor in der Welt, der vollkommen abgerissen würde!



Kernkraftwerk Niederaichbach (stillgelegt)

Immerhin müßten dabei rund 135.000 Tonnen Beton, Stahl und Sonstiges von anhaftenden Strahlungspartikeln "gereinigt", zersägt, zerfräst, auseinandergeschweißt, gesprengt, wegtransportiert und anderswo gelagert werden, wobei vielfache Strahlen-Gefahren für Mensch und Umwelt auftreten.

Wegen der hohen Strahlungsintensität im Innern der Anlage könnte die Zerlegung des Reaktordruckbehälters und weiterer radioaktiver Teile sowie die Verpackung des radioaktiven Mülls nur mittels ferngesteuerter und bisher unerprobter Maschinen und Werkzeuge erfolgen, die im strahlenden Innern des Reaktors noch eingebaut werden müßten.

Außerst problematisch ist insbesondere die Beseitigung des radioaktiv verseuchten Müllberges: Weil die gesetzlichen Bestimmungen keine eindeutige Grenze zwischen "nicht radioaktiven" und "radioaktiven" Abfällen festlegen, ist es den Antragstellern praktisch weitgehend überlassen, diese Grenzziehung großzügig nach ihren finanziellen Interessen selbst zu bestimmen.

Darüberhinaus haben die Antragsteller die Möglichkeit auch diese Grenzwerte für den besonders zu behandelnden radioaktiven Müll durch Materialvermischungen und -verdünnungen zu unterschreiten, um 130.000 to als "einfachen" Bauschutt auf den normalen Mülldeponien des Landkreises Landshut ablagern zu können. Und genau zu dieser skandalösen "Entsorgung" hat das Landratsamt Landshut bereits 1981 sein Einverständnis erklärt!

Nach der Milchmädchen-Rechnung der Möchte-gern-Abreißer blieben nur noch bescheidene 2.900 to an radioaktivem Müll übrig. Davon sollen 1.700 to zur noch nicht genehmigten Einschmelzung und Verdünnung ins Kernforschungszentrum Karlsruhe geschafft werden, der Rest in das nicht existierende, geschweige denn genehmigte atomare Endlager "Schacht Konrad" bei Braunschweig. Die beim Abriß entstehenden 3.500 to radioaktiven Abwässer sollen (selbstverständlich säuberlich) in die Isar eingeleitet werden "Oh du schöne grüne Isar"!

Dazu kommt, daß die Niederaichbacher Atomruine aufgrund ihrer teilweise völlig anderen Konstruktion, der geringen Leistung, der äußerst kurzen Betriebszeit und ihrer verhältnismäßig geringfügigen radioaktiven Verseuchung nicht einmal als Versuchsobjekt für die Beseitigung heutiger Atomkraftwerke geeignet ist. So wird z.B. im AKW Biblis B, das die Größe von Ohu 2 hat, zur vorgesehenen Stilllegungszeit eine etwa 4.500-fache Radioaktivität vorhanden sein!

Offenbar soll mit dieser einmaligen Abbruchsaktion auf unser aller Kosten nur der praktische Beweis für die Beseitigungsmöglichkeit stillgelegter Atomruinen geliefert werden. Gleichzeitig sollwohl der weitverbreiteten Furcht vor den ewig strahlenden Monstern entgegengearbeitet und damit ein wichtiges Argument gegen die Atomenergie-Nutzung entkräftet werden.

Das Landhuter Bürgerforum ruft alle Mitbürger, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Vereine und Verbände sowie die betroffenen Gemeinde-, Stadt- und Kreisräte und Gebietskörperschaften auf, dieses weitere gefahrvolle und kostenaufwendige Wahnsinnsprojekt zu verhindern. Es ist wesentlich ungefährlicher und billiger, das Atomkraftwerk Niederaichbach im bisherigen, gesicherten Zustand zu belassen.

Als erstes wird das Bürgerforum für die bis zum 16.11.84 laufende Einwendungsfrist Sammeleinwendungs-Listen vorbereiten und zur Unterzeichnung an vielen Stellen in Stadt und Land auslegen. Denn nur wenn fristgerecht entsprechende Einwendungen gemacht werden, muß sich die staatliche Genehmigungsbehörde hiermit in einem eigenen öffentlichen Erörterungsverfahren befassen. Und nur wer fristgerecht Einwendungen erhoben hat, kann auch gegen die von den Antragstellern bis Anfang 1985 erwartete Abriegelung vor Gericht klagen.

Außerdem ist eine Reihe von Informationsständen und -veranstaltungen geplant, die in der örtlichen Presse angekündigt werden.

aus: Landshuter Zeitung v. 7.9.84

Lz v. 7.9.84

Kernkraftwerk Niederaichbach

in der Gemeinde Niederaichbach, Landkreis Landshut
Vorhaben der Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH,
Karlsruhe, der Gg. Noell GmbH, Würzburg, und der
Nuklear-Ingenieur-Service GmbH, Hanau,
zur Demontage und Beseitigung (Abbau) der Anlage

Bekanntmachung des
Bayerischen Staatsministeriums
für Landesentwicklung und Umweltfragen
vom 30.08.1984
Nr. 9204-75-34216

Das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen gibt gemäß §§ 4 und 5 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung (AtVV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 1982 (BGBl I S. 411) bekannt:

1. Die Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH, Karlsruhe, die Gg. Noell GmbH, Würzburg, und die Nuklear-Ingenieur-Service GmbH, Hanau, haben mit Schreiben vom 31. März 1980 und vom 2. Juli 1984 eine Genehmigung gemäß § 7 Abs. 3 des Atomgesetzes (AtG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 31. Oktober 1976 (BGBl I S. 3053), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. August 1980 (BGBl I S. 1556), zur Demontage und Beseitigung (Abbau) der Anlage beantragt.
2. Die Anlage ist der Prototyp eines Kernkraftwerks mit schwerwassermoderiertem, kohledioxidgekühltem Druckröhrenreaktor mit einer Leistung von 100 MW el. Sie wurde 1972 in Betrieb genommen, 1974 endgültig abgeschaltet, danach stillgelegt und in den gesicherten Einschluß überführt. Im gesicherten Einschluß enthält nur noch der Sicherheitsbehälter des Reaktorgebäudes radioaktive Stoffe, und zwar mit einer Gesamtkaktivität von gegenwärtig ca. $7,4 \cdot 10^{13}$ Bq (2000 Ci), darunter jedoch keine Kernbrennstoffe oder radioaktive Betriebsmedien. Die übrigen Teile der Anlage enthalten keine radioaktiven Stoffe.
3. Es ist beabsichtigt, die Anlage im Zeitraum von 7 Jahren zu demontieren und zu beseitigen sowie anschließend das Gelände zu begrünen. Dabei sollen nichtradioaktive, radioaktiv kontaminierte und aktivierte Anlagenteile des Sicherheitsbehälters in dieser Reihenfolge ausgeräumt werden, bevor die nichtradioaktiven übrigen Anlagenteile auf konventionelle Art demontiert werden. Bei der Demontage fallen im wesentlichen etwa 130.000 Mg nichtradioaktiver Abfälle an, die den Bestimmungen des Atomgesetzes nicht mehr unterliegen, darüber hinaus ca. 1.700 Mg radioaktiver Stoffe, die im Rahmen anderer atomrechtlicher Genehmigungen weiterverwendet werden sollen, sowie ca. 1.200 Mg radioaktiver Abfälle, die im Bundesendlager Konrad endgelagert werden sollen. Zur Unterscheidung zwischen nichtradioaktiven und radioaktiven Anlagenteilen bzw. Abfällen sollen Grenzwerte festgelegt werden, deren sichere Einhaltung durch Messungen überwacht wird.

4. Der Antrag und der ihn konkretisierende Sicherheitsbericht für die Demontage und Beseitigung, der Dritten zur Beurteilung dient, ob sie durch die mit der Demontage und Beseitigung des Kernkraftwerks Niederaichbach verbundenen Auswirkungen in ihren Rechten verletzt werden können, sowie die Kurzbeschreibung des Vorhabens und der voraussichtlichen Auswirkungen auf die Allgemeinheit und die Nachbarschaft werden in der Zeit vom 17.09.1984 bis einschließlich 16.11.1984 (Auslegungsfrist) im Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, Rosenkavalierplatz 2, Zimmer 2105, II. Stock, 8000 München 81, Montag mit Donnerstag von 7.30 bis 16.15 Uhr und Freitag von 7.30 bis 15.00 Uhr und im Landratsamt Landshut, Veldener Straße 15, Zimmer 331, III. Stock, 8300 Landshut, Montag mit Mittwoch von 7.30 bis 12.00 Uhr und 13.00 bis 16.30 Uhr, Donnerstag von 7.30 bis 12.00 Uhr und 13.00 bis 17.00 Uhr und Freitag von 7.30 bis 12.00 Uhr zur Einsicht ausgelegt. Auskünfte und Erläuterungen zum Gegenstand der Bekanntmachung werden vom Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen erteilt.
5. Etwaige Einwendungen gegen das Vorhaben können während der o. g. Auslegungsfrist beim Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen oder beim Landratsamt Landshut schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden. Mit Ablauf der Auslegungsfrist (16.11.84) werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen (§ 7 Abs. 1 Satz 2 AtVV); sie können dann auch nicht mehr vor den Verwaltungsgerichten geltend gemacht werden.
6. Rechtzeitig erhobene Einwendungen werden in einem Erörterungstermin, der ggf. in der gleichen Weise öffentlich bekanntgemacht wird, mit den Antragstellern und den Personen, die Einwendungen erhoben haben, mündlich erörtert. Vorsorglich wird bereits jetzt darauf hingewiesen, daß Einwendungen in diesem Termin auch bei Ausbleiben der Antragsteller oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden und daß die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch die öffentliche Bekanntmachung ersetzt wird, wenn außer an die Antragsteller mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sind.

I. A. gez. Dr. Buchner
Ministerialdirektor

- 61 -

4 RADIOAKTIVE STOFFE UND STRAHLENSCHUTZMAßNAHMEN

Bestimmungen außerhalb der hier beantragten Genehmigung zur Demontage und Beseitigung der Anlage KKN. Die geschmolzenen Teile können z.B. zu Abschirmplatten für den Einsatz in kerntechnischen Anlagen abgegossen werden.

Die beim Betrieb der Schmelzanlage anfallenden radioaktiven Sekundärabfälle werden im KfK im Rahmen bestehender Genehmigungen weiter verarbeitet und ggf. zwischengelagert.

Die atomrechtliche Genehmigung für den Betrieb der Schmelzanlage wurde mit Schreiben der Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH vom 10.2.1984 bei der zuständigen Genehmigungsbehörde, dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung, Baden-Württemberg, beantragt. Dem Antrag ist ein Terminplan beigelegt, wonach der Betriebsbeginn der Schmelzanlage für Anfang 1986 vorgesehen ist, so daß zum Zeitpunkt des Anfalls von wiederverwertbaren radioaktiven Stoffen des KKN die Schmelzanlage im KfK betriebsbereit zur Verfügung steht. Die Genehmigungsbehörde des Landes Baden-Württemberg hingegen hat keine grundsätzlichen Bedenken.

Für den Fall, daß sich der Betriebsbeginn der Schmelzanlage wider Erwarten verzögert oder die wiederverwertbaren radioaktiven Stoffe aus anderen Gründen nicht termingerecht eingeschmolzen werden können, wird die dann noch erforderliche Zwischenlagerung im Kernforschungszentrum Karlsruhe vorgenommen. Erforderlichenfalls wäre eine hierfür noch notwendige atomrechtliche Genehmigung zu beantragen.

4.3.2.3 Radioaktive Abfälle

Die verpackten radioaktiven Abfälle werden zum endgültigen Verbleib in das Bundesendlager KONRAD transportiert. Das Bundesendlager KONRAD steht nach den Aussagen der Bundesregierung

4 RADIOAKTIVE STOFFE UND STRAHLENSCHUTZMAßNAHMEN

ab Anfang 1989 zur Einlagerung zur Verfügung (Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag vom 30.8.1983, Bundesdrucksache 10/327 v. 30.08.1983, Seite 10). Die bis zu diesem Zeitpunkt anfallenden Abfälle werden bis zum frühestmöglichen Abtransport in das Bundesendlager KONRAD im Faßpufferlager eingestellt.

Geringfügige Verzögerungen des Betriebsbeginns des Bundesendlagers KONRAD haben aufgrund der ausreichenden Kapazität des Faßpufferlagers auf den kontinuierlichen Demontageablauf keinen Einfluß.

Sollten wider Erwarten das Bundesendlager KONRAD zu Beginn der geplanten Phase "Abbruch der Gebäude (konventionell)" (Tabelle 8) noch nicht zur Verfügung stehen oder die Abfälle vom Bundesendlager nicht angenommen werden, so werden sie unverzüglich in eine genehmigtes Zwischenlager transportiert und dort bis zur Endlagerung zwischengelagert, um auch für diesen Fall einen kontinuierlichen Demontageablauf zu gewährleisten. Die KfK GmbH verfügt für die Hauptabteilung Dekontaminationsbetriebe über eine atomrechtliche Genehmigung zur Verarbeitung und Zwischenlagerung von radioaktiven Reststoffen und Abfällen (Genehmigung K 95/83 vom 25.11.1983). Das im KfK vorhandene Zwischenlager für endkonditionierte schwachradioaktive Abfälle (Bau 526) kann insgesamt 90000 Fässer aufnehmen. Es ist organisatorisch sichergestellt, daß die aus KKN evtl. anfallenden maximal 2000 Fässer eingelagert werden können. Über den Ort einer evtl. Zwischenlagerung soll endgültig erst entschieden werden, wenn ein konkreter Bedarf besteht. In diese Entscheidung werden andere bis dahin vorhandene Zwischenlagerungsmöglichkeiten mit einbezogen.

- 63 -

4 RADIOAKTIVE STOFFE UND STRAHLENSCHUTZMAßNAHMEN

4.3.2.4 Verpackung und Abtransport

Die Verpackung der radioaktiven Abfälle in z.B. Rollreifenfässer, Container oder Einzelabschirmbehälter und der wiederverwertbaren radioaktiven Stoffe in Chargierbehältern und die Dokumentation der Behälterinhalte erfolgen nach den jeweils zum Zeitpunkt der Verpackung gültigen Transportvorschriften und Endlagerbedingungen. Die Transporte werden im Rahmen von Transportgenehmigungen abgewickelt, die einschlägige Transportfirmen besitzen.

Die verpackten radioaktiven Abfälle (ca. 1200 Mg) werden in Sammeltransporten per Straßen- und Bahntransport zum Bundesendlager KONRAD abtransportiert. Die in Chargierbehältern verpackten wiederverwertbaren radioaktiven Stoffe (ca. 1700 Mg) werden in Transportcontainern per Straßen- und Bahntransport zur Schmelzanlage im KfK abtransportiert.

Vor dem Ausschleusen der Gebinde aus dem Sicherheitsbehälter und vor dem Abtransport werden die Oberflächenkontamination (Wischtest) und die Oberflächendosisleistung sowie die Dosisleistung in 1 m Abstand oder 2 m Abstand (bei Transportcontainern) gemessen und dokumentiert.

Die radioaktiven Abwässer (ca. 3500 Mg) aus den Abwassersammelbehältern werden nach den einschlägigen Transportbedingungen in Tankwagen abgefüllt und zur weiteren Behandlung und Entsorgung in das Kernkraftwerk Isar 1 transportiert.

Der Abtransport der gewöhnlichen Stahlabfälle (ca. 800 Mg) erfolgt über Straße und Schiene nach den gültigen Transportbestimmungen für den Güterverkehr zu den entsprechenden Abnehmern (Schrotthändler, Gießereien, u.a.).

Der Abtransport des Bauschutts (ca. 130000 Mg) erfolgt unter weit möglichster Berücksichtigung der Interessen der Anwohner mit möglichst geringer Geräusch- und Staubentwicklung per Straßentransport.

Die Antragsteller verhandeln zur Zeit darüber, den Bauschutt ggf. als Unterkofferung für den Straßenbau einzusetzen. In Betracht kommt z.B. der Bau der Autobahn Landshut/Dingolfing (A 92). Sollte sich dies nicht realisieren lassen, wird der Bauschutt aufgrund eines Vertrages mit dem Landratsamt Landshut auf die in der Nähe liegenden Deponien verbracht.

3 DEMONTAGE UND BESEITIGUNG

aus: Kurzbeschreibung, Demontage und Beseitigung, Anlage
Niederaichbach - NOELL, NIS, KfK. Mai 1984

Abbildung 20: Aktivitätsfließschema

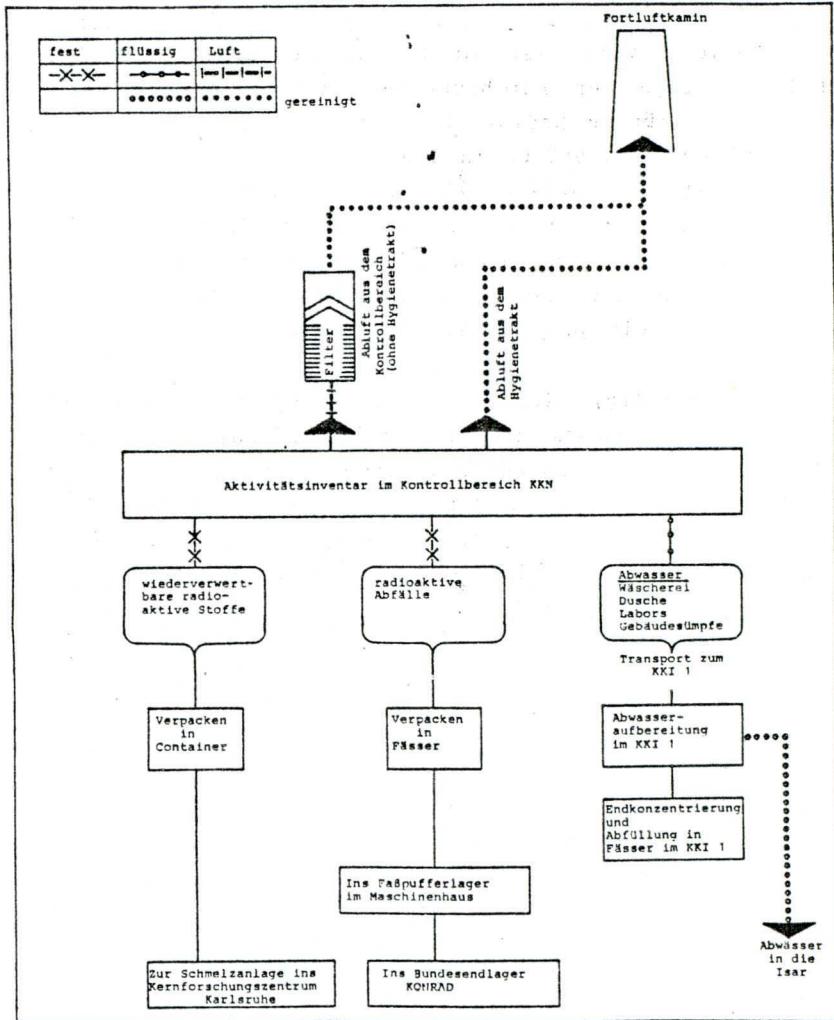
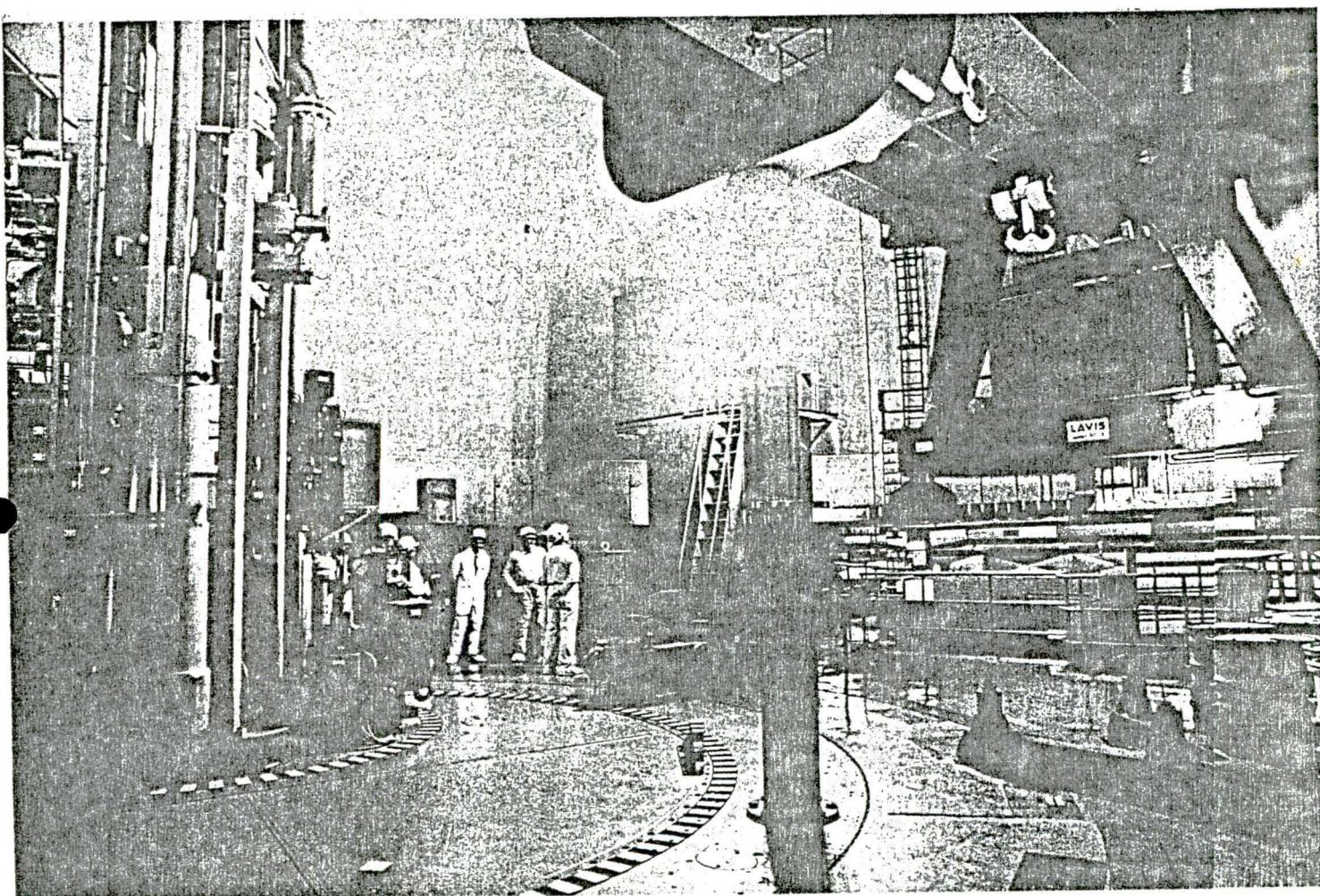
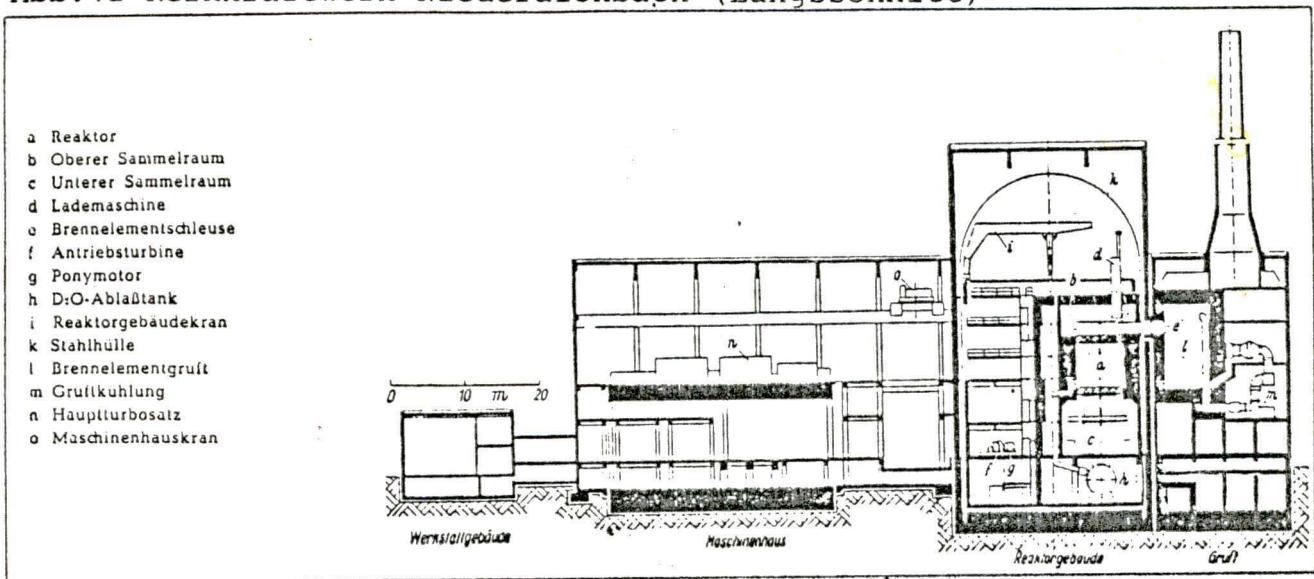


Abb. 12 Kernkraftwerk Niederaichbach (Längsschnitt)



In der obersten Etage des Reaktorgebäudes. Links ist die Anlage zu erkennen, mit der während des eineinhalbjährigen Betriebes die Brennelemente ausgewechselt wurden. Der große Kran gehört zu den wenigen Elementen, die sich noch nützlich machen werden: Für die geplante De-

montage wird er wieder gebraucht. Insgesamt müssen aus dem Reaktorgebäude etwa 2000 Tonnen, teilweise aktiven Materials entfernt werden.

stern
17.1.85

DIESE WOCHE

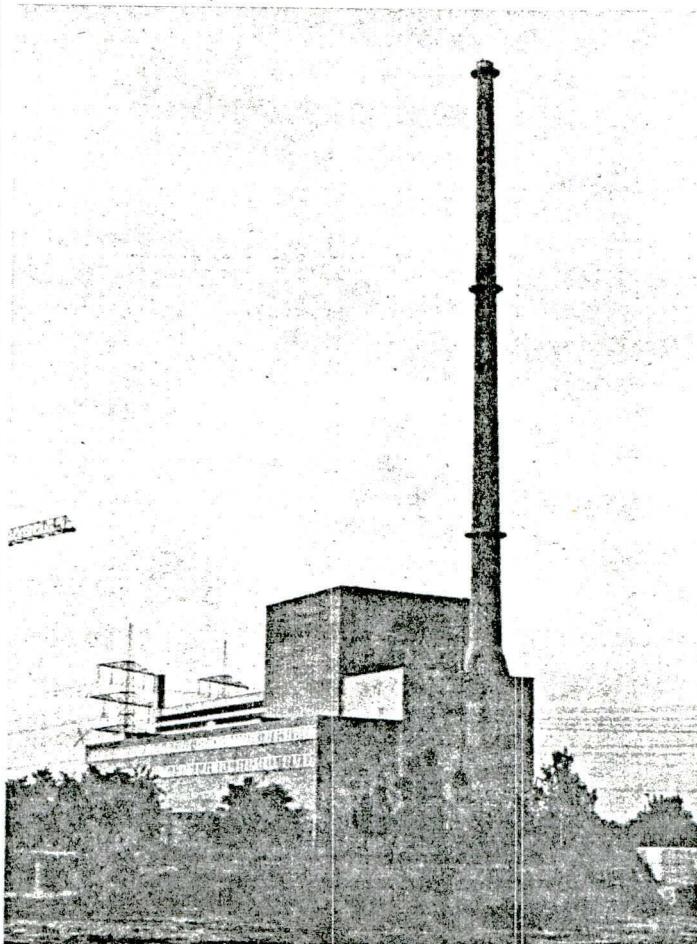
ENERGIEWIRTSCHAFT

»Das ist so einfach wie Autofahren«

Im bayrischen Niederaichbach soll zum erstenmal auf der Welt ein Kernkraftwerk abgerissen werden. Doch bei dem Modell-Projekt sind noch viele Fragen offen

Der »Kirchenwirt« aus dem niederbayrischen Niederaichbach empfiehlt für den Notfall eine bodenständige Spezialität: Weißbier. »Wenn du von dem Zeug im Körper hast«, rät er, »dann mußt du Weißbier trinken. Das treibt's raus.« Mit dem »Zeug« meint Franz Gaspar gefährliche radioaktive Teilchen. Im Umgang mit diesem Teufelszeug hat er seine Erfahrungen. Beim Ausbau eines Meßgeräts im Kernkraftwerk Niederaichbach war »schweres Wasser« über den damaligen Betriebselektriker gelaufen. Die radioaktive Brühe spülte er außen vorschriftsmäßig unter der Dusche ab. Inneren aber spülte er kräftig mit Weißbier durch.

Daß der »Kirchenwirt« jetzt seine Weißbier-Therapie unter die Leute bringt, hat einen handfesten Grund: Den Niederaichbachern steht eine radioactive Weltpremiere bevor. Das vor zehn Jahren stillgeleg-



FOTOS: REGINE KÖRNER

te, aber in seinem Kern noch strahlende Kraftwerk soll abgerissen werden. Dauer: sieben Jahre. Kosten: 100 Millionen Mark.

Nirgendwo wurde bisher ein 100-Megawatt-Meiler auseinandergenommen. Daher glaubt sogar Josef Deiner, CSU-Oberbürgermeister aus dem nahen Landshut, die Bevölkerung aus

Ein dickes Geschäft für die Industrie

100 Millionen Mark soll der Abbruch der Atomruine in Niederaichbach kosten. Chefplaner Ulrich Löschhorn (unten): »Hier werden wieder Kühe weiden«

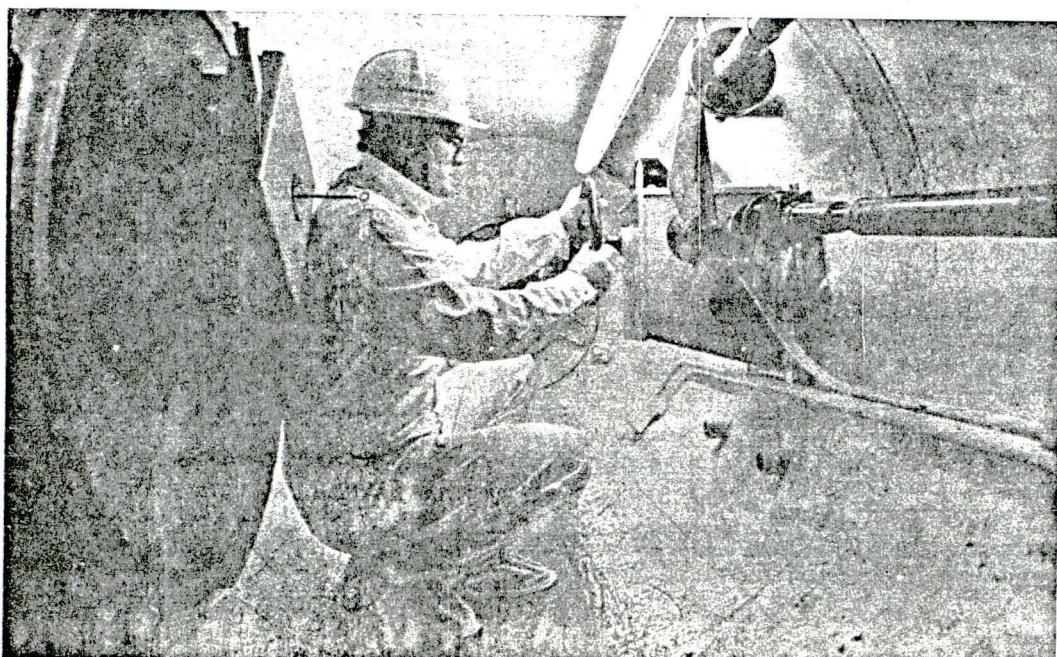
Niederaichbach und Umgebung solle zum »Versuchskaninchen« gemacht werden. Und das Landshuter »Bürgerforum gegen Atomkraftwerke« ruft aus Angst vor radioaktivem Staub und verseuchten Gasen zum Kampf gegen den Abbruch: »Die Gefährdung von Leben und Gesundheit ist nicht kalkulierbar.«

Doch die Abreißer lassen sich von den Bürgersorgen nicht irritieren. Es sind drei einflußreiche Institutionen. Erstens: das »Kernforschungszentrum Karlsruhe«, ein Gemeinschaftsunternehmen des Bundes und des Landes Baden-Württemberg. Zweitens: die Abbruchfirma »Noell« in Würzburg, eine hundertprozentige Tochter der bundeseigenen »Salzgitter AG«. Drittens: die Hanauer »Nuklear-Ingenieur-Service GmbH« (NIS). Sie gehört der amerikanischen Energietechnik-Firma »NUS Corporation« in Rockville (Maryland) und der Lahmeyer AG aus Frankfurt. Bei Lahmeyer dominiert das im Reaktorgeschäft aktive größte europäische Energieversorgungsunternehmen, die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG.

Das Demontage-Trio will in Niederaichbach wichtige Erfahrungen sammeln, denn die Geschäftsaussichten für Reaktor-Abbruchunternehmen sind rosig. Derzeit gibt es 100 stillgelegte Atommeiler auf der Welt. Allein in der EG wird bis 1990 mit 16 großen Reaktoren a. D. gerechnet; darunter die K. werke Gundremmingen I (257 Megawatt) und Lingen (256 Megawatt).

Doch noch stehen die Atommeiler – auch der in Niederaichbach. Für die Verhandlungen wäre es von Vorteil, wenn die Genehmigung zum Abbruch vorläge. Daher drängen die Karlsruher zusammen mit ihren beiden Zuarbeiter-Firmen »NIS« und »Noell« das Bayerische Ministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, endlich grünes Licht zu geben. Sie verlangen die »sofortige Vollziehbarkeit« der für den Abbruch notwendigen Einzelgenehmigungen. In diesem Frühjahr sollen dann die Bulldozer anrollen.

Bei der ersten Demontage eines großen Atomkraftwerks geht es nicht nur um ein gutes Geschäft. Ein erfolgreicher



Abriß würde der gesamten Atomwirtschaft nutzen. Denn wann immer ein neues Kernkraftwerk genehmigt werden soll, muß auch die »gefährlose Beseitigung« des Meilers nachgewiesen werden. Bisher begnügten sich die Genehmigungsbehörden in den Ländern und die Gerichte damit, daß der gefährlose Abbruch theoretisch als gesichert gilt. Je mehr Reaktoren aber stillgelegt werden und durch neue ersetzt werden sollen, desto größer wird der politische Druck, neue Baugenehmigungen von einem erfolgreichen Abbruchtest abhängig zu machen.

Das Landshuter »Bürgerforum« wehrt sich schon heute gegen die These, die Demontage in Niederaichbach könne brauchbare Erfahrungswerte weltweit für andere Fälle liefern.

Denn andere Kraftwerke seien viel länger in Betrieb und deshalb viel stärker verstrahlt als das Testobjekt.

Das Kraftwerk von Niederaichbach taugt vor allem dazu,

den Irrwegen deutscher Atompolitik nachzuspüren: Als Versuchsprojekt konzipiert, bekam es einen schwerwassergesteuerten Druckröhrenreaktor, der Natururan »verbrennen« konnte. Dieses Uran kostete weniger als angereichertes. Baubeginn war im Juni 1966 – zu einer Zeit, da sich der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß mit Macht dafür einsetzte, Bayern an die technische Entwicklung der Zukunft anzukoppeln. In einem Land, das wenig Bodenschätze besitzt, müsse man das vorhandene Potential besser nutzen, um wirtschaftlich konkurrenzfähig zu bleiben.

Bund und Bayern machten 140 Millionen Mark locker und bürgten für weitere 68 Millionen. Bauherr und Kraftwerks-Betreiber Siemens beteiligte sich mit 17 Millionen. Ehe der Meiler fertig war, vergingen sechs Jahre, weil sich die technischen Probleme häuften. Als dann die Kernspaltung begann, wurde es gleich kritisch: Acht Dampferzeuger leckten. Ständig waren die Reparaturtrupps

unterwegs. Maximal konnte der 100-Megawatt-Reaktor auf 35 Megawatt hochgefahren werden. Andernfalls wäre er zu heiß geworden.

Im August 1974 legte die Firma Siemens die Anlage wegen zu hoher Reparaturkosten still. Das Kraftwerk hatte nur an 18,3 Tagen Strom geliefert. Das Kilowatt zum Weltrekordpreis von 23 Mark, bezogen auf die Baukosten.

Der damalige Bundesforschungsminister Hans Matthöfer zu diesem Kapitel deutscher Pionierarbeit: »Diese Reaktorlinie hat keine technologische Zukunft.«

Das verseuchte Millionen-Grab im schönen Isartal wurde laut Bescheid des bayrischen Umweltministeriums vom 21. Oktober 1975 in den »gesicherten Einschluß« überführt: Die Brennelemente wurden wegtransportiert, der strahlende Reaktorbehälter wurde zugeschweißt und radioaktives Material im stählernen Sicherheitsbehälter verstaut. Die Firma Siemens verkaufte das schwere

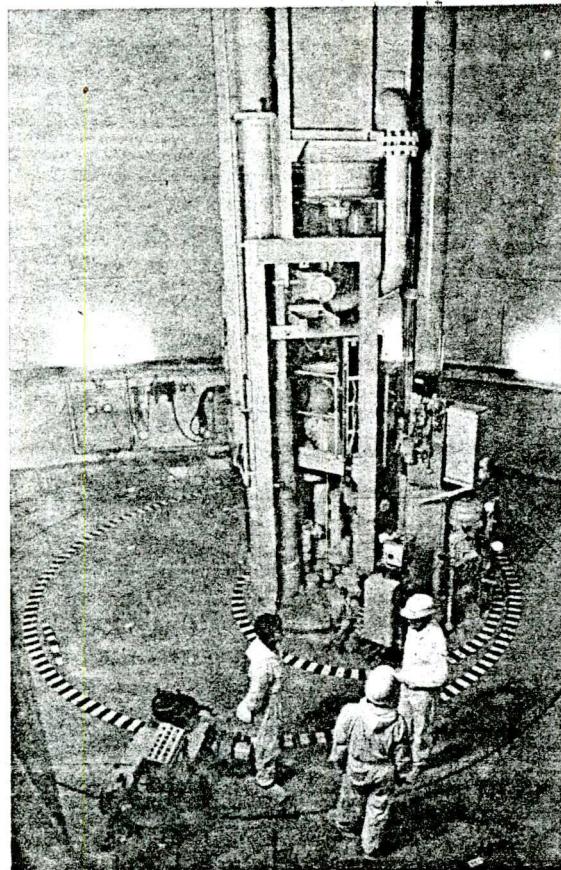
Wasser nach Japan und die Generatoren an das Braunkohlekraftwerk Arzberg. Die Aktion »gesicherter Einschluß« kostete 30 Millionen Mark. Siemens durfte sich aus dem gescheiterten Projekt zurückziehen. Der Schrott-Reaktor wurde Eigentum des Kernforschungszentrums Karlsruhe. Heute müssen jährlich 300 000 Mark aufgewendet werden für Bewachung, Überprüfung, Beleuchtung, künstliche Belüftung, Dachrinnenheizung und Lufttrocknung im Sicherheitsbehälter. Den Strom dafür liefert ein nahegelegenes Wasserkraftwerk.

Abbruch-Planer Dr. Ulrich Löschhorn vom Karlsruher Kernforschungszentrum ist ein Mann vom klassischen Zuschmitten eines Atomwirtschaftlers: Der Umgang mit Strahlen ist für ihn ein Stück Lebensqualität. In seiner breiten schwäbischen Mundart sagt er: »Das ist für mich ganz einfach, das ist wie Autofahren.«

Die Pläne, in Niederaichbach wieder »grüne Wiese« zu schaf-

Ständig waren Reparaturtrupps im Einsatz

Der Reaktorbau – hier die stillgelegte Brennstoffbühne – war eine Pleite. Strom lieferte das Kraftwerk Niederaichbach nur an 18 Tagen



fen, »wo Schafe und Kühe weiden« (Löschhorn), entstanden 1978 im Karlsruher Kernforschungszentrum. Ein Jahr später wurden »NIS« und »Noell« mit den Vorbereitungen beauftragt, und 1980 ging beim Umweltministerium in München der Antrag auf Abbruchgenehmigung aus Karlsruhe ein. Entscheidender Teil des Antrags war der Sicherheitsbericht. Der Inhalt dieses Werkes ist nie bekanntgeworden. Inzwischen ist er zurückgezogen und durch einen neuen ersetzt worden. Kommentar aus dem bayrischen Umweltministerium: »Die Demontageart und die Risikoabschätzung waren 1980 anders als jetzt.«

Der zweite Sicherheitsbericht wurde im Mai 1984 eingereicht und von der Behörde veröffentlicht. Die Abrißgegner fanden ihre schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Etwa bei der Müllbeseitigung: 130 000 Tonnen nichtradioaktive Abfälle sollen dem Landkreis Landshut angedient werden, der eine gesetzliche Beseiti-

gungspflicht hat. Dieser Pflicht kann die Kreisverwaltung aber kaum nachkommen, wenn die Gemeinden ihre Deponien sperren, wie sie es angekündigt haben.

Unklar ist auch, was mit 1700 Tonnen schwachstrahlendem Stahl passiert. Nach den Vorstellungen des Kernforschungszentrums soll dieses Metall in Karlsruhe in einem Spezialofen eingeschmolzen und wiederverwendet werden. Doch für den Bau dieses Schmelzofens gibt es noch keine Genehmigung, lediglich die Zusage des Umweltministeriums von Baden-Württemberg, den Fall »wohlwollend« zu prüfen.

Ungewiß ist die endgültige Beseitigung der 1100 Tonnen stark strahlenden Mülls. Sie sollen laut Sicherheitsbericht im Bundesendlager »Erzbergwerk Konrad« bei Salzgitter versenkt werden. Doch für »Konrad« gibt es noch nicht einmal einen Planfeststellungsbeschuß. Wann dieses Atommüll-Lager seinen Betrieb aufnimmt, weiß niemand. Im Not-

DIESE WOCHE

fall will das Kernforschungszentrum selbst einspringen und für eine Zwischenlagerung desbrisanten Schutts auf seinem Gelände oder auf einer anderen Atommüll-Deponie wie etwa der im oberpfälzischen Mitterteich sorgen.

Mindestens so trüb sind auch die Aussichten für die Beseitigung der 3500 Tonnen radioaktiven Abwassers, das während des Abbruchs gesammelt werden muß. Dieses strahlende Naß soll in die Isar fließen. In welcher Menge das aber wann möglich ist, steht nicht fest.

Bei so viel Ungewißheit ist es kein Wunder, daß die Abreißer bis heute nicht in der Lage waren, ein komplettes für die Abbruchgenehmigung notwendiges Demontage-Handbuch vorzulegen. Das existiert nur zum Teil als Entwurf. Das bayrische Umweltministerium: »Wir waren mit keiner Seite einverstanden.« Trotzdem schwärzte Atom-Manager Löschhorn bei Aufklärungsveranstaltungen in Niederaichbach: »Es gibt keine Probleme.«

Die unkomplizierte Art des Atom-Managers provoziert im Isartal sehr verschiedene Reaktionen: Das »Bürgerforum« hat 3000 Unterschriften gegen den KKN-Abbruch gesammelt. Sein Sprecher Thomas von Taeuffenbach: »Wir werden dafür sorgen, daß es gegen die gefährliche Propagandaschau der Atomlobby Klagen gibt.«

Die im Genehmigungsverfahren befragten Gemeinden haben den Schwarzen Peter an das Umweltministerium in München weitergegeben und verlangt, bei einem Abbruch des Atommeilers müßten alle Risiken ausgeschlossen werden. Zwei Gemeinden lehnten die Demontage rundweg ab.

Einen Bundesgenossen hat Löschhorn allerdings im Niederaichbacher Bürgermeister Manfred Linden gefunden: »Vor Leuten, die ein Kraftwerk bauen, muß man den Hut ziehen. Die können das auch wieder abbauen.« Und Pfarrer Siegfried Heilmer unterstützt seinen Bürgermeister: »Ich habe Vertrauen in die Technik.«

Falls sich das als falsch erweisen sollte, bleibt ja noch der »Kirchenwirt« mit seinem Weißbier. RUDOLF LAMBRECHT

BUKO 84 Braunschweig 23.-25.11.



Hautnaher Exklusivbericht

So war es wirklich !

S C H A C H T K O N R A D
und die
B U N D E S K O N F E R E N Z .
der
A T O M K R A F T G E G N E R
am 23./24./25. Nov. 1984
in Braunschweig

Konnte Schacht Konrad auf der Bundeskonferenz seiner Bedeutung für das Atomprogramm gerecht werden?

Leider nicht!

Wir versuchen hierfür die Gründe zu nennen:

- Der Protest und Widerstand gegen Schacht Konrad ist in Salzgitter und Umgebung (haupts. Braunschwe.) auf dem Tiefpunkt. Die öffentliche Diskussion wird fast ausschließlich von der, für die Genehmigungsbehörde (nieders. Sozialministerium) arbeitende PTB (Physikalisch-Technische Bundesanstalt) und von der Stelle für Öffentlichkeitsarbeit des Bundes in Salzgitter bestimmt. Die kritischen Stimmen scheinen verstummt. Diejenigen, die ihren Widerstand auf andere Art und Weise zeigen, haben sich zurückgezogen. Es sind nur noch Wenige aktiv. Die Rückendeckung, die man auf einer solchen Konferenz braucht, um seine Vorstellungen durchzusetzen, hat gefehlt. Auch die zahlenmäßig größere Anti-AKW-Gruppe in Braunschweig beschäftigt sich zur Zeit kaum mit Schacht Konrad.

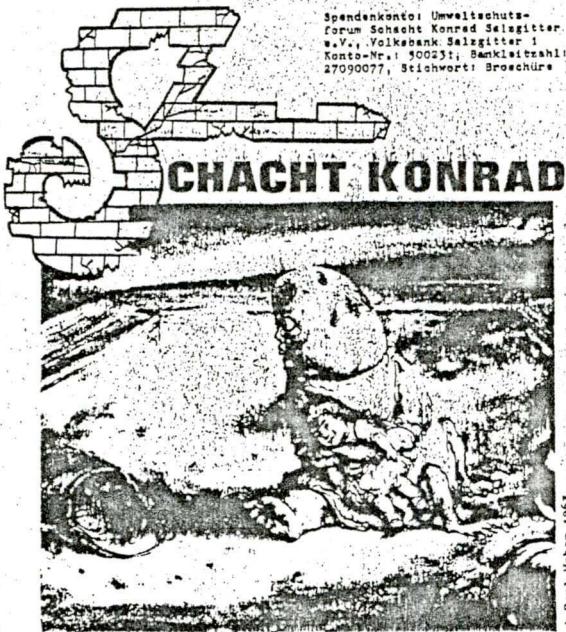
- Die vorher beschriebene Situation zeigt sich außerhalb von Salzgitter vor allem durch fehlende Berichterstattung in den bundesweiten Medien über Schacht Konrad. Über nichts kann nicht berichtet werden. Hatten wir es vor 2 Jahren noch geschafft bundesweit bekannt zu werden, ist Schacht Konrad nun wieder in der Versenkung verschwunden.
- Auf der Bundeskonferenz haben nur die Standorte ihre Anliegen vorgebracht, und im größeren Rahmen darüber diskutiert, die vor Ort einen größeren aktiven Widerstand vorweisen konnten. So z.B. Hanau (Nukem+Alkem) und Gorleben (Zwischenlager, Endlager, Wiederaufarbeitungsanlage).
- Die Bundeskonferenz war so organisiert, daß kleinere Standortgruppen ihre Anliegen nicht einbringen konnten. Die Schwerpunkte der Bundeskonferenz waren die Auseinandersetzung mit den "Grünen" Positionen, also mit dem parlamentarischen Widerstand gegen das Atomprogramm, die wissenschaftliche Diskussion über Radioaktivität und Waldsterben und Kohlekraftwerke. Natürlich wurde auch über den Tag X in Gorleben und über Hanau gesprochen. Diese Arbeitsgruppen waren auch gut besucht. Dagegen fanden sich in der Arbeitsgruppe Endlagerung nur wenige Leute ein. Dieses war auch die einzige Arbeitsgruppe, auf der Schacht Konrad zur Sprache kam. Aber selbst bei so wenigen Leuten kam man nach vierstündiger Diskussion über das erste Endlager (die Asse bei Wolfenbüttel), Schacht Konrad und Endlager Gorleben zu keinem Ergebnis, das man am nächsten Tag im Plenum hätte vortragen können.

Schacht Konrad wäre auf der Bundeskonferenz gänzlich untergegangen, hätte nicht ein von der Schachtanlage handelnder Film gezeigt werden können. 80 Leute sahen sich diesen Film an!

Stand: April '84

Selbstkostenpreis: 1 DM

Spenderkontakt: Umweltschutz-
forum Schacht Konrad Salzgitter
e.V., Volksbank Salzgitter 1
Konto-Nr.: 50023; Bankleitzahl:
27090077; Stichwort: Broschüre



Das Gutachten der Gruppe ÖKologie Hannover in Kurzfassung

Der Stein des Anstosses, hier noch einmal im Bild.
Das Titelblatt unserer Broschüre gefällt Herrn Röthemeyer (PTB) nicht.

Es erinnert ihn an Nazipropaganda.

Heiner Geißler (Bundesfamilienminister) vergleicht die Grünen mit den Nazis. Was immer auch mit solchen Vergleichen beabsichtigt sein mag, sie können nicht fruchten. Derartige Vergleiche bauen nämlich auf die Angst vor einer Ideologie, die bei vielen Deutschen keine Angst weckt. Die unbewältigte üble Vergangenheit dieses unseres Landes, die Verdrängung von Ursachen und Tatsachen, der Hang zur Geschichtslosigkeit sorgen schon dafür.

Pech gehabt - Herr Geißler, Herr Röthemeyer ???

Es könnte der Verdacht auftreten, daß der Teufel hier den Beelzebuben an die Wand malt.

Drehen wir den Spieß mal um:
Wir wollen nichts mehr von Vergangenem hören - wer immer wieder an den alten längst verheilten Wunden röhrt ist eine Nestbeschmutzer oder Kommunist.

Auch der Ostblock setzt auf Atomkraft. Gehen Sie doch rüber....

Kommentar

Kurt Deckhorn

Salzgitter, den 23.9.84

Herrn
Professor Dr.-Ing. H. Röthemeyer
PTB
Bundesallee 100
33 Braunschweig

Lieber Herr Röthemeyer,

Leider nicht direkt von Ihnen, sondern telefonisch durch Herrn Reich erfuhr ich vor einiger Zeit, daß Sie über das Deckblatt unserer Broschüre "Schacht Konrad - Das Gutachten der Gruppe Ökologie Hannover in Kurzfassung - Stand April 1984" empört gewesen und zum Ergebnis gekommen seien, mit solchen Leuten könne man sich nicht unterhalten.

Ich schreibe Ihnen nicht als einer der Herausgeber der Broschüre, sondern als Vorsitzender des Umweltschutzforums Schacht Konrad. Insofern fühle ich mich natürlich auch verantwortlich für Veröffentlichungen im Namen des Vereins.

Zunächst zu Ihrer Information: Die Herausgeber haben das Deckblatt diskutiert. Man war durchaus nicht einhellig der Meinung, die Illustration von A. Paul Weber zu nehmen. Dagegen sprach, daß der Inhalt der Veröffentlichung einen politischen Zusammenhang darstellen will, zu dem das Titelbild nicht paßt. Eine Mehrheit setzte sich dann durch, die bewußt einen emotionalen (und wohl auch emotionalisierenden) Kontrapunkt zum Inhalt wollte.

Ich selber schätze Webers Arbeiten seit Jahren als prophetische Hinweise auf heute allgegenwärtige Gefahren und drohende Katastrophen aus Kriegsbereitschaft, Umweltzerstörung oder deformierendem Städtebau, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die von Ihnen missbilligte Illustration thematisiert die Gefahr der Erbgutschädigung und von Mißbildungen, ohne im einzelnen die Ursachen dafür zu benennen.

Nun ist die These der Atomkraftgegner, daß die Atomwirtschaft mit ihrer unvermeidlichen Strahlenfreisetzung zu eben dieser Gefahr beiträgt. Es erscheint uns überdies, daß der Tagespresse regelmäßig Hinweise auf die Richtigkeit dieser These zu entnehmen sind, erinnert sei nur an Harrisburg und Sellafield. Zum Glück müssen wir uns nicht ausmalen, zu welchen Folgen der Zusammenstoß von "Mont Louis" und "Clau Britannia" unter ungünstigeren Bedingungen hätte führen können. Aber der Zwischenfall ist ja zumindest ein Beitrag zu der auf Betreibersseite vorherrschenden Meinung, daß von Atommülltransporten keinerlei Gefährdung ausgehe.

Damit wären wir beim näher liegenden Projekt Endlagerung von Atommüll in Schacht Konrad.

Sie werden sagen, daß Ihre Arbeit in der PTB eben dem Ziel dient, Gefährdungen, sei es der Belegschaft, sei es der Bevölkerung, aus der Strahlenbelastung zu verhindern. Ich gehe davon aus, daß Sie sich dieser Aufgabe mit all Ihrem Wissen und Ihrer ganzen Verantwortung als Wissenschaftler stellen. Ich gestehe Ihnen zu, daß Sie sich zutrauen, die Aufgabe zu lösen. Lassen Sie uns dafür bitte unsere Skepsis, daß diese Aufgabe, auch günstigstenfalls, nicht ohne das auf Ihrer Seite so genannte Restrisiko zu lösen ist.

Von der politisch in Vorbereitung befindlichen Heraufsetzung des

"Restrisikos" durch Heraufsetzung der zulässigen Dosen für strahlenexponierte Personen will ich hier nicht sprechen.

Was schwerer wiegt und vermutlich den eigentlichen Dissenspunkt zwischen Ihnen und mir aussaucht, ist folgendes: Nehmen wir einmal an, daß weder von der Einlagerung, noch von den Transporten zum Schacht (die GÖK verbreitet nur Unkenrufe), noch von der Nachbetriebsphase irgendwelche Gefährdung durch Strahlenfreisetzung, für wen auch immer, ausgeht, daß also die Frage der "Entsorgung" im Falle Konrad als gelöst anzusehen sei, so bleibt doch der Fakt und gilt dann erst recht, daß die Endlagerung Schlüßglied einer Kette ist, die, mit oder ohne WAA, in den Uranminen Australiens und Kanadas anfängt und, unter Einschluß ihrer militärischen Glieder, in einem Ort namens Salzgitter endet.

Die Gesamtkette verursacht horrende volkswirtschaftliche Kosten, deren Gelder besser in andere Pfade der Energieversorgung investiert (worden) wären.

Die Gesamtkette beinhaltet unkalkulierbare Risiken, für alle nachfolgenden Generationen und schon in Friedenszeiten. Nach dem Alten Testament werden die Sünden der Väter sich bis in die dritte und vierte Generation negativ auswirken. Sie aber helfen mit, Weichen zu setzen für Zeiträume, die Überblicken zu wollen für jeden Menschen absolut vermessen wäre.

Die Gesamtkette enthält Glieder, die schon heute das Vielfache des Potentials bereitgestellt haben, die Menschheit auszulöschen.

Ich möchte zum Schluß meine Erwartung an Sie ausdrücken, daß Sie

sich nicht bescheiden mit der Ihnen gestellten Aufgabe, im Sinne der Betreiber nachzuweisen, daß Schacht Konrad ein sicheres Endlager für Atommüll bestimmter Kategorien abgeben wird. Ich erwarte, daß Sie die wirtschaftliche und politische Einbindung Ihres wissenschaftlichen Tuns reflektieren.

Mit guten Wünschen und freundlichen Grüßen

Ihr

P.S. Es freute uns, ebenfalls durch Herrn Reich zu hören, daß Sie im großen ganzen gegen den Inhalt keine Einwände haben.

Zu Ihrer

Helmut Röthemeyer in
Physikalisch-Technische Bundesanstalt
Braunschweig und Berlin

Physikalisch-Technische Bundesanstalt · Postfach 33 48 · D-3300 Braunschweig

Herrn
Kurt Dockhorn

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom [REDACTED] (0531) Braunschweig
Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom [REDACTED]

14. 11. 1984

Berat

Lieber Herr Dockhorn!

Für Ihr Schreiben vom 23. 9. 1984 danke ich Ihnen. Ich schöpfe aus ihm die Hoffnung, daß auch die Auseinandersetzung um die Schachtanlage Konrad bei problembewußten und lernwilligen Menschen dazu beiträgt, die Bedeutung von Wissenschaft und Technik für unsere (Über-) Lebensbedingungen bewußt zu machen.

Diesem Ziel ist der "emotionale Kontrapunkt" des Deckblattes sicherlich nicht förderlich. Meine gegenüber Herrn Reich zum Ausdruck gebrachte "emotionale Reaktion" hat folgenden Hintergrund: In einem Seminar an der TH-Aachen wurden zu meiner Studienzeit die propagandistischen Hilfsmittel der NSDAP u. a. auch hinsichtlich der Darstellung der Juden beleuchtet. Sie bestanden im wesentlichen aus Unterstellungen, die u. a. durch geschickte Mischung von Lügen und Teilwahrheiten "unbewußte" Vorurteile und Angste insbesondere bei unkritischen Menschen zur "bewußten" Realität werden ließen. Das Ergebnis: Ausübung von Gewalt mit "gutem" Gewissen.

Ahnlich urteile ich den im Deckblatt hergestellten direkten Zusammenhang zwischen Schacht Konrad und der Weber-Vision: Ein Nährboden für Gewalt bei schlecht informierten und emotional gesteuerten Menschen. Erfahrungen im privaten und dienstlichen Bereich zeigen mir, daß heute wieder Gewalt mit "gutem" Gewissen u. a. gegenüber denjenigen ausgeübt wird, die sich für die friedliche Nutzung der Kerntechnik einsetzen.

Es würde den Rahmen eines Briefes sprengen, alle Problemfelder Ihres Schreibens detailliert zu beleuchten. Dies wird umfassend in vielen Büchern und Aufsätzen getan. Hinweisen möchte ich insbesondere auf das Buch von B. L. Cohen "Before it's too late". Das zusammenfassende Kapitel zum Problemfeld "Abfälle" füge ich als Anlage bei. Meine Antworten können daher nur einzelne Stichworte Ihres Briefes kommentieren.

Erbgutschädigung und Mißbildung

Künstliche Strahlung kann keine genetischen Effekte hervorrufen, die nicht auch durch die natürliche Strahlung möglich sind. Etwa 3 % der Bevölkerung sind von (spontanen) Mutationen - oft kaum merkbar - betroffen, 0,1 % gehen auf die natürliche Strahlung zurück. Selbst in der Umgebung kerntechnischer Anlagen ist der durch künstliche Strahlung hervorgerufene Anteil, weniger als 0,001 %. Monster sind bislang durch natürliche Strahlung nicht erzeugt worden; die Weber-Vision in Verbindung mit künstlicher Strahlenbelastung suggeriert daher einen Sachverhalt ohne Basis.

Unvermeidliche Strahlenbelastung

Die friedliche Nutzung der Kernenergie erhöht sicherlich die Strahlenbelastung um Bruchteile der natürlichen Strahlenbelastung. Die Auswirkungen der Kernenergie sind aber um mehrere Größenordnungen geringer als die anderer Technologien. Anlage 1 zeigt dies aus der Sicht der Abfälle. Bemerkenswert ist, daß die Nutzung der Kernenergie langfristig Leben rettet, da Radonemissionen durch den Abbau des Urans als Ursache für Krebs reduziert werden.

Ich möchte diesen Aspekt aus einer anderen Sicht beleuchten. Die u. a. auch von den Grünen propagierten Energiesparziele können nur durch zusätzliche Isolierung und Abdichtung der Wohnungen erreicht werden. Die jährliche effektive Äquivalentdosis durch Radon in den Wohnungen beträgt etwa 1 m Sv. Bei verringelter Lüftung kann Sie auf etwa das Doppelte ansteigen. Bei Unterstellung der linearen Extrapolationshypothese (Krebswahrscheinlichkeit, $\approx 10^{-5}/\text{m Sv}$) und 80 Millionen Energiesparern führt das zu 600 Toten pro Jahr.

Bemerkenswert ist, daß bei Anwendung der von den Kernenergiegegnern unterstellten höheren Krebswahrscheinlichkeiten pro m Sv die Zahl der durch die Nutzung der Kerntechnik langfristig geretteten Menschenleben und der Energiesparopfer sich entsprechend erhöht.

Harrisburg

Durch einen 4-wöchigen Studienaufenthalt in den USA bei Prof. Rasmussen bin ich mit den Methoden und Ergebnissen seiner Studie schon vor ihrem Erscheinen vertraut gemacht worden. Demnach hätten wir schon 2 Kühlmittelverluststörfälle haben müssen. Passiert ist einer: Harrisburg. Auswirkungen auf die Umgebung: praktisch keine. Auch bei Unterstellung von Kühlmittelverluststörfällen mit Kernschmelze mit (aus heutiger Sicht) wesentlich überschätzten Auswirkungen ist die Kernenergie mit die risikoärmste Energiaquelle.

Atommülltransporte

Der Transportaufwand pro erzeugter Energieeinheit bei Kernkraftwerken beträgt etwa einhundertstel bis einzehntausendstel des Aufwandes für Kohle- bzw. Ölkarfrewe. Das macht das Transportrisiko bei der nuklearen Energieerzeugung vergleichsweise gering.

Die Transportvorschriften haben bewirkt, daß bei etwa 400 000 Transporten radioaktiver Stoffe pro Jahr bislang kein strahlenbedingter Personenbeschaden aufgetreten ist. Das "Mont Louis"-Ergebnis paßt in diese Statistik.

Unverständlich bleibt nur, daß sich auch Menschen über Nukleartransporte erregen, die nicht einmal bereit sind, uns durch kleine Einschränkungen wie Geschwindigkeitsbegrenzungen tausende von Menschenleben und Schwerverletzten zu ersparen.

Brennstoffkreislauf

Falls gewünscht, kann ich einen Experten des Uranbergbaues u. auch mit großer Australienerfahrung vermitteln.

Die Verbindung von friedlicher und militärischer Nutzung der Kerntechnik ist angesichts der internationalen Safeguardprogramme und der technischen Besonderheiten der friedlichen Zwecken dienenden Anlagen nicht gerechtfertigt.

Alternative Energien

Es ist ein Traum, daß diese Energien einen wesentlichen Beitrag zur Energieerzeugung vor allem in unseren Breiten leisten können. Neben dem erwähnten Buch von Cohen verweise ich auf das Buch von Seifritz (s. Anlage 2).

Ich würde mich freuen, wenn meine von der Sache her knappen, aber für einen Brief schon recht langen Ausführungen dazu beitragen, Sie nachdenklich zu stimmen und die eigene Haltung zu überprüfen. Meine Selbstüberprüfungen führen immer wieder dazu, daß die Aufgabe der friedlichen Nutzung der Kernenergie nicht zu verantworten ist.

Mit freundlichen Grüßen und Glückauf!

Ihr

Anlagen

NACHWORT

Wir dachten, es wäre gut, den Briefwechsel, den ich mit dem Endlagerverantwortlichen Professor Röthemeyer von der PTB geführt habe, unseren Mitgliedern zum Lesen zu geben.

Ich möchte einige Anmerkungen zu Röthemeyers Brief machen, wobei ich es dem Leser überlassen möchte, sich sein eigenes Urteil zu bilden zu Röthemeyers Assoziationen NSDAP, unsere Arbeit beziehend.

Im einzelnen: Cohen liefert den Atomtechnokraten ein besonders abenteuerliches Argument: Uran in der Erde ist gefährlich, in den AKWs ist es harmlos, also buddelt es aus und tut es in die AKWs, das rettet Menschenleben.

Was die Erbgutschädigung anbelangt, ist es nicht bekannt, daß Uranvorkommen Menschen verblödet haben (allerdings besteht vielleicht ein Zusammenhang zwischen Uranvorkommen in Kerala und dort auftretender Mongoloidität bei Spätgebärenden). Künstliche Strahlung hingegen hat - entgegen Röthemeyers Annahme - Schlimmeres als Monster hervorgebracht. Kennt Herr Röthemeyer nicht die Berichte von Opfern des radioaktiven Fallouts der für unsere Sicherheit im Pazifik zur Explosion gebrachten A-Bomben? Frauen berichten dort von quallenartigen Gebilden, die sie geboren haben.

Auch bei Atomkraftbefürwortern sollte Einigkeit darüber bestehen, daß alles getan werden muß, um eine Erhöhung der natürlichen Mutationsrate zu vermeiden, das heißt eben auch, daß die Freisetzung von zusätzlicher künstlicher Radioaktivität vermieden werden muß.

Wären Energiesparmaßnahmen gleichzusetzen mit perfekter Abdichtung von Wohnungen, könnte man infolge der Erhöhung von Radonabgaben in der Tat mit mehr Toten rechnen. Aber Abdichtung ist eine unter vielen Maßnahmen, ihr Energieeffekt wird lediglich auf 10 % geschätzt. Styropor, Holz, Kork u.a. auf die Wände gebracht, würde Wärme dämmen und zugleich die Radonfreisetzung verringern.

Unfaßlich ist mir Röthemeyers Behauptung, daß der "Unfall" von Harrisburg "praktisch keine Auswirkungen auf die Umgebung" gehabt habe. Zwar weiß die US-amerikanische Atomaufsichtsbehörde nichts, aber die Harrisburg-Bürgerinitiative wirft ihr vor, die Fakten über vermehrte Krebsfälle (20 Krebstote statt der zu erwartenden 3, Steigerung: 700 %) zu unterdrücken.

Ebenso erstaunt mich der Satz, es sei "nicht gerechtfertigt", eine Verbindung von "friedlicher und militärischer Nutzung" herzustellen. Die ganze diesbezügliche Literatur scheint auf Phantasie zu beruhen. Welchen friedlichen Zwecken wohl die 1% Beteiligung des Stromriesen RWE am französischen Super-Phénix dient, der Plutonium für französische Bomben erbrütet? Welchen Endzweck wohl eine westdeutsche WAA hat, die nach dem Willen der Wenderegierung unbedingt sein soll, obwohl die Stromwirtschaft sie nicht mehr will? Die internationalen Safeguard-Programme und Nichtverbreitungsabmachungen haben bisher nicht verhindert, daß viele Wege, auf denen die Spaltstoffe verschoben werden, im Dunkeln bleiben, und sie werden auch in Zukunft keine andere Funktion haben, als der Öffentlichkeit Sand darüber in die Augen zu streuen, daß zivile Ingenieur-Hilfe für militärische Zwecke von Südafrika bis Pakistan unkontrollierbar bleibt.

Röthemeyer führt den Straßenverkehr und seine Opfer an. Hier kann ich ihm nur zustimmen, aber ich ziehe eine andere Konsequenz: Wenn ein System so zynisch ist, daß es das Verkehrsmittel, das Jahr für Jahr 15.000 Tote fordert, zum tabuisierten Götzen erhebt, anstatt ein alternatives Verkehrssystem zu entwickeln, was berechtigt uns dann zur Annahme, daß Energieerzeugungstechnologien ernsthaft auf ihr heutiges und zukünftiges Gefahrenpotential hin abgeschätzt werden von denen, die diese Technologien wollen?

Kurt Dockhorn

Treffen des Umweltschutzforums im März am

21.3.85

Die Treffen beginnen jeweils um 19.30 Uhr.

Jeder ist willkommen und kann sich hier informieren.

Treffpunkt ist wie immer die

alte Schule Bleckenstedt

(Gebäude hinter der Bushaltestelle)

PRESSESPIEGEL

SZ Aufregung um Konrad ist alt

Zu dem Artikel „Für Aufregung zum ‚Konrad‘ ist gesorgt“ in der Salzgitter-Zeitung vom 21. Januar, den darin getroffenen Feststellungen des Niedersächsischen Landvolkes aufgrund einer Veröffentlichung der Illustrierten „stern“, den Ausführungen des niedersächsischen Ministers für Bundesangelegenheiten sowie den Anmerkungen der Salzgitter-Zeitung nimmt jetzt die Stadt wie folgt Stellung:

1. Der Stadt Salzgitter ist seit Oktober 1984 bekannt, daß die Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH, die Gg. Noell GmbH und die Nuklear-Ingenieur-Service GmbH beim Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen eine Genehmigung zur Demontage und Beseitigung des Kernkraftwerkes Niederaichbach beantragt haben. Aus den Antragsunterlagen geht hervor, daß beabsichtigt ist unter anderem 1200 Tonnen radioaktiver Abfälle in Schacht Konrad einzulagern.

2. Die Stadt Salzgitter hat mit Schreiben vom 7. November 1984 bei der bayerischen Planfeststellungsbehörde gegen das Vorhaben form- und fristgerecht Einwendungen erhoben. Die Haltung der Stadt wurde umfassend begründet. Die Stadt Salzgitter hat unter anderem Wert auf die Feststellung gelegt, daß Entscheidun-

gen der zuständigen Planfeststellungsbehörde zum Auftrag auf Demontage und Beseitigung des Kernkraftwerkes Niederaichbach keinen Sachzwang zum atomrechtlichen Genehmigungsverfahren „Schacht Konrad“ begründen.

3. Grundlage für die Stellungnahme der Stadt war ein entsprechender Beschuß des Rates vom 6. November 1984.

4. Dem Niedersächsischen Ministerium für Bundesangelegenheiten ist die Haltung der Stadt in dieser Frage bekannt. Eine Durchschrift des Schreibens an die bayerische Planfeststellungsbehörde wurde vom Niedersächsischen Ministerium für Bundesangelegenheiten am 7. November 1984 zugeleitet.

5. Die Salzgitter-Zeitung hat in ihrer Ausgabe vom 8. November 1984 umfassend über die Einwendungen der Stadt Salzgitter berichtet.

Dr. Hendrik Gröttrup
Oberstadtdirektor

Jahreshauptversammlung des Nieders. Landvolks in SZ-Bad. SZ v. 21.1.85

Auch in der Frage des Endlagers Konrad sei die Landwirtschaft nicht vorprogrammiert, führte Ahrens weiter aus. Das Landvolk werde seine Stellungnahme zu diesem Problem in den nächsten Tagen abgeben und wenn „Nein“ gesagt werden müsse, werde dies allein aus der Verantwortung um die davon betroffenen Menschen und landwirtschaftlichen Betriebe geschehen. Man habe sich allen Voruntersuchungen gegenüber aufgeschlossen gezeigt, weil man sich nicht des Vorwurfs aussetzen wollte, etwas verhindern zu wollen, was man zuvor nicht eingehend geprüft habe.

Vorsicht bei Konrad

Ahrens zitierte einen Bericht der Illustrierten „Stern“ über den Abbruch des Kernkraftwerkes Niederaichbach, in dem wiederum zu lesen steht, daß 1100 Tonnen stark strahlender Abfall im Endlager Konrad deponiert werden soll. Eine solche Möglichkeit wies Ahrens schärfstens zurück. Man werde sich bei allen Überlegungen von einem höchst denkbaren Maß an Sicherheit für Mensch und Tier in diesem Raum leiten lassen. Schließlich fordere das Landvolk im Falle Konrad die Umkehr der Beweislast (bei eventuellen Schäden). Wenn der Betreiber guten Gewissens sei, könnte er sich auf diese bisher ungewöhnliche Forderung einlassen, tue er dies nicht, könne man daraus schließen, daß er etwas verbergen wolle.

„stern“-Artikel auf Seite 16 !

Nach einer Veröffentlichung der Illustrierten „Stern“ in dieser Woche

Für Aufregung um „Konrad“ ist gesorgt

Mit Sicherheit wird es in den nächsten Tagen wieder neue Aufregung um den Schacht „Konrad“ geben. Kreislandwirt August-Wilhelm Ahrens zitierte in der Landvolk-Hauptversammlung im Ratskeller Salzgitter-Bad einen Bericht der Illustrierten „Stern“ über den geplanten Abbruch des Kernkraftwerkes Niederaichbach in Bayern, an dem auch die Salzgitter-Tochter Noell in Würzburg maßgeblich beteiligt sein wird. Bisher ist für den Abbruch noch keine Genehmigung erteilt worden, weil das Planfeststellungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist.

Im „Stern“ Nr. 4 vom 17. Januar ist auf Seite 131 zu lesen, daß 1100 Tonnen „stark strahlenden Müll“ laut Sicherheitsbericht für den Abbruch von Niederaichbach „im Bundesendlager Konrad bei Salzgitter“ versenkt werden sollen. Mit Recht ist nicht nur das Landvolk Salzgitters über eine solche Feststellung empört, denn bisher war immer nur von schwach- und mittelradioaktivem Müll die Rede.

Die SZ nutzte die Anwesenheit des niedersächsischen Bundesratsministers Wilfried Hasselmann am Sonnabend in Salzgitter, um darüber Aufklärung zu erbitten. Hasselmanns Ministerium ist die Genehmigungsbehörde für die eventuelle Einrichtung eines Atom-Müll-Lagers auf „Konrad“. Bisher sei noch nicht einmal das Planfeststellungsverfahren eröffnet, meinte der Minister, der die Einlagerung stark strahlenden Müll auf „Konrad“ ganz entschieden zurückwies.

Es scheint an der Zeit zu sein, daß die zuständigen Stellen, auch die Stadt Salzgitter, sich energisch dagegen verwahren, daß solch unqualifizierte Formulierungen wie die im Sicherheitsbericht endlich aus Veröffentlichungen dieser Art verschwinden. Auch in Bonn sollte man sich klarer Formulierungen bedienen und nicht bei jeder Gelegenheit so tun, als wäre mit „Konrad“ schon alles klar. Dies ist auch nach den Ausführungen Hasselmanns noch lange nicht der Fall.

Klaus Karich

Salzgitter lehnt Einlagerung von Atommüll ab

Stadt legt Einspruch gegen geplante Deponierung von 1200 Tonnen radioaktiver Abfälle in Grube Konrad ein

SALZGITTER (ka) Die Stadt Salzgitter hat beim bayrischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen Einspruch gegen die Absicht einiger Unternehmen erhoben, in die Grube Konrad rund 1200 Tonnen radioaktive Abfälle, die beim Abbruch des Atomkraftwerkes Niederaichbach in Bayern anfallen, einzulagern zu wollen.

Eine endgültige Entscheidung über die Eignung der Schachtanlage Konrad

liege bisher nicht vor, wird in Salzgitter erklärt.

Drei Unternehmen, darunter die zum Salzgitter Konzern gehörende Gg. Noell GmbH in Würzburg und das Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH haben bei der bayrischen Regierung die Genehmigung zum Abbruch des Kernkraftwerkes beantragt. Die Antragsteller gehen dabei nach Ansicht der Stadt Salzgitter davon aus, daß die Anlage „Konrad“ in Salzgitter

als Endlager für radioaktive Abfälle geeignet sei, und sie konkretisieren Abfallart, Menge und voraussichtlichen Einlagerungszeitpunkt. Mit diesen Planungs- und Einlagerungsabsichten werde eine noch austehende Entscheidung zu einem anderen atomrechtlichen Genehmigungsverfahren präjudiziert, stellt die Stadt Salzgitter fest, denn das Planfeststellungsverfahren für Eignung der

Schachtanlage als Endlager in Niedersachsen sei noch nicht abgeschlossen.

Die Stadt Salzgitter gehe jedoch davon aus, daß die Entscheidung der zuständigen bayrischen Planfeststellungsbehörde zum Antrag auf Demonstration des Kernkraftwerkes Niederaichbach keinen Sachzwang zum atomrechtlichen Genehmigungsverfahren Schacht „Konrad“ in Niedersachsen begründe.

„Nicht grundsätzlich gegen Atommüll-Einlagerung“

Meinungsbildung in Salzgitter in vollem Gang — Einspruch der Stadt Braunschweig gegen bayerischen Antrag

SALZGITTER/BRAUNSCHWEIG (ka/gr) Die Stadt Salzgitter und der Rat der Stadt sind nicht grundsätzlich gegen eine Einlagerung von radioaktiven Abfällen in die Schachtanlage „Konrad“ in Salzgitter. Der Meinungsbildungsprozeß ist in Salzgitter noch im Gange.

Wie im Rat der Stadt von Oberstadt- direktor Hendrik Gröttrup erklärt wurde, werde die Stadt sich als „Träger öffentlicher Belange“ zur gegebenen

Schachtanlage Konrad in unmittelbarer Nähe der Braunschweiger Stadtgrenze befinden. Die Endlagerung von radioaktiven Stoffen in der Grube sei noch nicht gesichert. Das dafür erforderliche Planfeststellungsverfahren sei noch nicht abgewickelt. Das niedersächsische Ministerium für Bundesangelegenheiten habe zugestimmt, die Stadt Braunschweig an dem Verfahren zu beteiligen. Dies sei bislang nicht geschehen, heißt es in dem Schreiben.

„S 2 9.11.74“

Zeit zum Planfeststellungsverfahren der niedersächsischen Planfeststellungsbehörde zu dieser Frage äußern. Die Stadt behalte sich ein abschließendes Votum zur Frage „Bundesendlager Konrad“ nach Sichtung aller Antragsunterlagen vor.

Der jetzt nach Bayern geschickte Einspruch richtet sich gegen eine Formulierung im Antrag auf Abbruch

des Kernkraftwerkes Niederaichbach

durch drei Unternehmen, die darin die



Über Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren

Keine vorgezogene Diskussion möglich

PTB informiert aber über Arbeiten im Schacht Konrad

Wie lange dauert die Tiefbohrung im Schacht Konrad und wozu dient sie? Wann sind die Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren vollständig? Bestehen schon Planungen für Transportwege zur Schachttanlage? Viele Fragen beantworteten Wissenschaftler der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB), der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE) und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) informationsbedürftigen Umweltausschußmitgliedern in der jüngsten Sitzung. Jedoch: Über Unterlagen, die Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens sind, kann die PTB nur informieren und diskutieren, wenn der Minister für Bundesangelegenheiten diese freigibt.

Der Umweltausschuß beschloß seinerzeit, daß die PTB die Salzgitterner Politiker in regelmäßigen Abständen über den Stand der Untersuchungen informiert. In dieser Sitzung erklärte nun Ekkehard Viehl, der die Öffentlichkeitsarbeit der PTB im Zusammenhang mit Schacht Konrad betreut, was in dem Punkt ständige Information möglich ist und was nicht.

Ausdrücklich betonte Viehl, daß die Unterlagen, die die PTB der Genehmigungsbehörde im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens einreicht, erst diskussionsfähig sind, wenn sie vollständig vorhanden sind. Erst dann könne auch das Gespräch mit der Öffentlichkeit und den Behörden beginnen. Einen vorgezogenen Kontakt zu Behörden, die als Träger öffentlicher Belange in das Planfeststellungsverfahren einzuschalten sind, hat die PTB bereits hergestellt. Es sei sinnvoll, manche Fragen vorzuklären vor der Fertigstellung der Unterlagen, damit im Rahmen der eigentlichen Behördenbeteiligung nicht alles ganz neu besprochen werden müsse, erklärte Viehl.

Mit Nachdruck wies er darauf hin, daß die PTB keine „im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vorgezogenen Erörterungen“ ausführen könne. Das schließe auch Pro-Contra-Veranstaltungen aus. Wie berichtet, war eine solche Diskussion zwischen Vertretern der PTB und der Gruppe Ökologie, die in ihrem Gutachten die Eignungsaussage für Konrad der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung anzweifelt, im Frühjahr beim Umweltausschuß geplant, kam aber durch das Nein des Bundesministers für Forschung und Technologie nicht zu stande.

Viehl verwies auf den Erörterungs-

termin im Planfeststellungsverfahren. Dieser ergibt sich, wenn die Planfeststellungsunterlagen vollständig eingebracht sind und der Plan für die Öffentlichkeit ausgelegt wird. Information im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit über die Arbeiten der PTB in der Schachttanlage Konrad sind möglich, erklärte Viehl. „Hier sind wir bereit, auch über unsere Absichten und über vorläufige Ergebnisse mündlich und gegebenenfalls auch schriftlich zu berichten.“

Viehl machte außerdem auf die Informationsstelle des Bundes in Salzgitter aufmerksam, wo deren Leiter, Dr. Bernhard Kokciok, ständig Fragen über den neuesten Stand der untertägigen Erkundung — losgelöst vom Planfeststellungsverfahren — beantworten kann.

Über die Tiefbohrung im Schacht, mit der in den nächsten Wochen begonnen werden soll, berichtete Gerd-Henrich Stork von der BGR aus Hannover. Die Tiefbohrung diene dazu, bisherige Erkenntnisse über das Deckgebirge abzusichern. Die Tests werden im Bohrloch ausgeführt. Zum Beispiel werden Tonsteine auf Durchlässigkeit geprüft oder wasserleitendes Gestein untersucht. Durch die neue Tiefbohrung, die Mitte 1985 beendet sein wird, verzögert sich das Planfeststellungsverfahren um ein Vierteljahr, weil die Unterlagen erst später als geplant vollständig sind. Statt Ende nächsten Jahres wird der Plan dadurch erst Anfang 1986 offiziell bekanntgemacht und ausgelegt. Mit einem Planfeststellungsbeschuß des Ministers für Bundesangelegenheiten, ob im Schacht Konrad radioaktive Abfälle eingelagert werden oder nicht, ist voraussichtlich Mitte 1987 zu rechnen.

-lw-

528.11.84 Salzgitter will Atomabfall aus Bayern nicht

SALZGITTER/SCHWANDORF (EB)
Die Stadt Salzgitter hat beim Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen vorsorglich Einspruch gegen die Absicht einiger Unternehmen erhoben, 1200 Tonnen radioaktiver Abfälle, die beim Abbruch des Atomkraftwerkes Niederaichbach in Bayern anfallen, in die Grube Konrad bei Salzgitter einzulagern zu wollen.

Die Unternehmen haben nach Angaben eines Sprechers bei der bayerischen Staatsregierung eine Genehmigung zum Abriß des Atomkraftwerkes beantragt. Dabei gingen sie davon aus, die dort anfallenden radioaktiven Abfälle in der Grube Konrad einzulagern zu können.

Diese Absicht greife der tatsächlichen Sachlage voraus, sagte der Sprecher. Das derzeit laufende Planfeststellungsverfahren für die Einrichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle in der Grube Konrad sei noch nicht abgeschlossen (siehe Niedersachsen).

Der Kreistag des Landkreises Schwandorf in der Oberpfalz hat nach Angaben von Landrat Hans Schuirer (SPD) unterdessen mit Mehrheitsbeschuß den geplanten Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) für abgebrannte Brennelemente in Wackersdorf abgelehnt.

Der Kreistag erklärte zur Begründung, eine derartige Anlage könne ohne schädliche Erhöhung der Strahlenbelastung in der Umgebung nicht betrieben werden. Zudem sei eine Beeinträchtigung überregional bedeutsamer Grundwasservorkommen nicht auszuschließen.

Quer durch Beddingen?

CDU-Ortsratsfraktion Nordost fragt die Verwaltung

Obschon über eine Einlagerung von radioaktiven Abfällen im Schacht „Konrad“ bei Bleckensdorf noch keine Entscheidung gefallen ist, wurden in der vorigen öffentlichen Sitzung des Ortsrates der Ortschaft Nordost in der Realschule in Thiede im Blick auf den Schienentransport Befürchtungen laut, daß die Züge mit den radioaktiven Abfällen mitten durch den Stadtteil Beddingen fahren könnten.

Für die CDU-Ortsratsfraktion brachte Ortsratsmitglied Günter Fichtner zum Bau eines Bahngleises zwischen der neuen Hafenstraße und dem Stadtteil Beddingen eine drei Punkte umfassende Anfrage ein. Die Verwaltung wird um Auskunft gebeten, ob für den Bau dieser Strecke ein ordentliches Genehmigungsverfahren eingeleitet wird, zu welchem Zweck diese Gleisanlage gebaut werden soll und ob diese mit der Einlagerung in Schacht „Konrad“ in Verbindung zu bringen ist. Wenn ja, in welcher Richtung würde der Anlieferungsverkehr laufen?

Ortsbürgermeister Hartmut Leopold (CDU) sagte, mit der öffentlichen Auslegung des Plans im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens für den Schacht „Konrad“ sei im Jahr 1986 zu rechnen. Ungeklärt sei die Frage, ob eingelagert werde. Sollte sich der Schacht für eine Einlagerung von radioaktiven Abfällen als geeignet erweisen, würde die Anlieferung der Abfälle auf der Straße und auf der Schiene erfolgen, nicht aber auf dem Wasserweg. Ein neues Bahngleis als Verbindungsstück zwischen dem Bundesbahngleis an der Gleidinger Straße und dem durch den Stadtteil Beddin-

gen führenden Bahngleis sei dann notwendig.

Der Vorsitzende der SPD-Ortsratsfraktion, Thomas Ringleb, vertrat die Meinung, wer „A“ sage, müsse auch „B“ sagen. Auch wenn noch keine Entscheidung über eine Einlagerung von radioaktiven Abfällen im Schacht „Konrad“ gefallen sei, sollte kein Befürworter der Kernenergie vergessen, daß die Abfälle auch irgendwo gelassen werden müssen.

Ortsratsmitglied Harry Albeck (SPD) wurde noch deutlicher. Er bezeichnete die Einlagerung von radioaktiven Abfällen im Schacht „Konrad“ als eine seiner Meinung nach „politisch beschlossene Sache“. Die Tatsache, daß in neun Teilerrichtungsgenehmigungen für Kraftwerke mit Kernenergie die Abfallbeseitigung im Schacht bei Bleckenstedt verankert sei, lasse alles andere zu einer „politischen Farce“ werden, unterstrich Albeck. Er fügte hinzu: „Die Stadt Salzgitter sollte endlich einmal Flagge zeigen.“

Das Planfeststellungsverfahren müsse abgewartet werden, warf Ortsbürgermeister Ratsherr Leopold ein.

Braunschweig legt auch Einspruch ein

BRAUNSCHWEIG (jkj) Auch die Stadt Braunschweig hat, wie die Stadt Salzgitter, beim Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen vorsorglich Einspruch gegen die Absicht einiger Unternehmen erhoben. 1200 Tonnen radioaktiver Abfälle des Kernkraftwerks Niederaichbach der Endlagerung im Schacht Konrad bei Salzgitter zuzuführen, solange das dafür erforderliche Planfeststellungsverfahren nicht stattgefunden hat.

Das dafür zuständige niedersächsische Ministerium für Bundesangelegenheiten hat der Stadt Braunschweig zugestellt, daß sie an diesem Verfahren beteiligt wird.

Der Einspruch ist vom Verwaltungsausschuß der Stadt Braunschweig auf Antrag der Grünen beschlossen worden, die daraufhin einen entsprechenden Antrag an den Rat der Stadt für die Sitzung am nächsten Dienstag zurückgezogen haben. Grünen-Sprecher Dr. Richard Goedeke: „Wir sind über diesen Verlauf zufrieden.“

(Weiterer Bericht
si Niedersachsen-Seite)

10.1. Brief an Bundeswirtschaftsminister hatte Erfolg:

85 Ein Auftrag auch SZ nach Salzgitter

Der CDU-Landtagsabgeordnete Ernst von Essen hat kürzlich den Bundesminister für Wirtschaft angeschrieben und gefordert, daß bei der Vergabe von Aufträgen im Zusammenhang mit den Forschungs- und Untersuchungsarbeiten auf der Schachtanlage Konrad auch heimische Firmen bedacht werden sollten. Ernst von Essen hatte darin bemängelt, daß ein Antrag an ein hannoversches Büro vergeben werden sollte, obwohl in Salzgitter entsprechende Kapazitäten vorhanden seien.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Dr. Rudolf Sprung, hat dem Abgeordneten jetzt geantwortet und mitgeteilt,

dass im Rahmen der Auftragsvergabe durch die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) Braunschweig auch ein Ingenieurbüro aus Salzgitter zum Zuge kommen werde. Der Staatssekretär weist in seinem Schreiben jedoch darauf hin, daß die Vergaben auch im Zusammenhang mit „Konrad“ nach den entsprechenden Vergabeordnungen erfolgen müssen und Präferenzen, insbesondere wegen der Ansässigkeit eines Bewerbers am Sitz des öffentlichen Auftragsgebers nicht zulässig seien.

Der vorgesehene Auftrag an ein Ingenieurbüro in Salzgitter zeige, daß Anbieter aus der Region in den regelmäßigen Vergabeverfahren erfolgreich sein können, ohne daß auf nicht auftragsbezogene Kriterien zurückgegriffen werden müßte.

Impressum

Umweltschutzforum Schacht Konrad, Salzgitter e.V.

Edeltraut Hohenberger

Konto: Volksbank Salzgitter 1, Kontonr. [REDACTED]

Die Salzgitter-Gruppe mit neuen Ideen: **Demontage ferngesteuert**



DIE ALLERLETZTE SEITE

Vom Kernkraftwerk zur grünen Wiese

Kernkraftwerke, solange sie in Betrieb sind, haben heute nur noch wenige Probleme. Ein technisch besonders interessantes Thema aber ist die restlose Beseitigung stillgelegter Kernkraftwerke. Die Hauptforderung besteht darin, ohne Gefährdung des Personals die strahlungsaktiven Gebäude- und Maschinenkomponenten so zu demontieren, zu zerlegen und zu verpacken, daß sie gefahrlos für die Umwelt abgelagert werden können.

Als erstes Unternehmen der Welt hat die Noell GmbH, Würzburg, ein Unternehmen der Salzgitter-Gruppe, eine auf Manipulatoren gestützte Technologie entwickelt, mit deren Hilfe es möglich ist, die strahlenden Teile eines ausgedienten Kraftwerks fernbedient abzubauen, zu zerkleinern und endlagergerecht zu verpacken.

Weltpremiere für diese neue Demontagetechnik wird der Abriß des Kernkraftwerkes Niederaichbach sein, mit dem voraussichtlich 1985 begonnen wird. Die Noell-Ingenieure haben versprochen, die Demontage so vollständig durchzuführen, daß das ursprüngliche Werksgelände wieder als »grüne Wiese« problemlos genutzt werden kann. Und sie werden ihr Versprechen halten.

Die Gesellschaften der Salzgitter-Gruppe arbeiten weltweit. Wenn Sie weitere Informationen möchten, schreiben Sie an:

S. P. A. W Z 3



 **Salzgitter**

Menschen und Technologien